

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 25.
Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telefon: Amt III, 5246.
Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz.
Redaktionsschluss: Sonnabend.

Insertion.

Für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Paul Singer †. Rundschau. Politische Monatsschau. Aus der Reichsversicherungs-Kommission, IV. Adressen-Aenderungen. — **Allgemeines:** Der Meistergeselle, V. Der Streik in der Aktien-Gesellschaft für Kunstdruck in Niedersiedlitz. Ortsberichte: Dessau, Schweidnitz. — **Der Lithograph:** Die Chromolithographie, II. — **Der Steindruck:** Internes aus der Anstalt eines Schutzverbandsgenerals. Eine angenehme Stellung. Brief aus Saalfeld. — **Die photomech. Fächer:** v. d. Ch. 1911. Der Chemigraphentarif in Wien. Aus den Sektionen: Dresden. — **Die Tapetenbranche:** Die Generalversammlung der Tiag. Aus den Sektionen: Bietigheim. — **Feuilleton:** Vom Büchertisch. — **Anzeigen** (mit Totenliste).

Bekanntmachungen.

Gesperrt.

Holland. Die Firma Emanuel Smeets in Weert hat den Vorsitzenden der Emanuation gemäßregelt. Die Anstalt ist gesperrt.

Oesterreich. Die Firma Graphische Union, chemigraphische Anstalt in Wien VII, Neuburgstr. 6 sucht die Kollegen zum Austritt aus der Organisation zu veranlassen. Dadurch kam es zum Streik. Zuzug von Chemigraphen ist streng fernzuhalten.

Paul Singer †.

Die deutsche Arbeiterbewegung hat einen herben Verlust erlitten. Am 31. Januar mittags 12 $\frac{1}{2}$ Uhr ist Paul Singer, der langjährige Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und — neben Bebel — der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, einer schweren Lungenentzündung erlegen. Schon seit einigen Jahren kränkelte er, aber durch die Kunst der Aerzte konnte er dem kämpfenden Proletariat immer wieder erhalten werden. Jetzt aber hat ihn der unerbittliche Tod doch für immer aus unseren Reihen gerissen und seinem Kämpferleben ein Ziel gesetzt.

Stebenundsechzig Jahre alt ist Paul Singer geworden. Am 16. Januar 1844 wurde er in Berlin geboren. Er besuchte die Realschule und wurde als vierzehnjähriger Kaufmannslehrling. Im Jahre 1869 machte sich der Fünfundzwanzigjährige selbständig, indem er mit seinem um drei Jahre älteren Bruder Heinrich die bekannte Berliner Damenmäntelfabrik Gebrüder Singer begründete. Nach fast zwei Jahrzehnten, am 1. Januar 1888, zog er sich jedoch ganz aus dem Geschäftsleben zurück, um sich vollständig seiner politischen Tätigkeit zu widmen.

Paul Singer war also kein Kind des Proletariats. Aus gut bürgerlichen Kreisen hat er sich den Weg zur Arbeiterbewegung gebahnt. Am politischen Leben beteiligte er sich zwar schon frühzeitig, aber zunächst als bürgerlicher Demokrat. Erst nach der Einführung des Sozialistengesetzes schloß er sich im Jahre 1876 der sozialdemokratischen Partei an. In der Stunde der Gefahr stellte er seine ganze Person mutig und unerschrocken der klassenbewußten Arbeiterschaft zur Verfügung. Dadurch wurde er gleichsam fest und unlöslich mit ihr zusammengeschweißt. Er ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Sohn des Volkes geworden,

und als solcher hat er der Arbeiterbewegung mit seiner ganzen, reichen Kraft treu gedient bis zum letzten Atemzuge.

Im Jahre 1883 wurde er von der Berliner Arbeiterschaft in die Stadtverordnetenversammlung und ein Jahr später im 4. Berliner Wahlkreise in den Reichstag gewählt. Beiden Körperschaften gehörte er bis zu seinem Tode ununterbrochen an. Stets ist er pflichttreu und aufopfernd für die Interessen der Arbeiterschaft eingetreten. Seinem praktischen Sinn, seinem klaren Blick, seiner außerordentlichen parlamentarischen Gewandtheit und seiner fast sprichwörtlichen Sachkenntnis in den Fragen des Reichshaushalts und der Geschäftsordnung dankt sie viele Erfolge. 1886 wurde Singer wegen seiner schonungslosen Kritik und Bloßstellung des Lockspitzeltreibens der Berliner politischen Polizei aus seiner Vaterstadt ausgewiesen, in die er erst nach dem Fall des Sozialistengesetzes zurückkehren konnte. Seit 1887 gehörte er dem Parteivorstande des politischen Zweiges der modernen Arbeiterbewegung an, von 1890 ab neben Bebel als Vorsitzender. Seine organisatorischen Talente haben viel zur gewaltigen Entfaltung der Partei beigetragen. Durch die kluge und geschickte Leitung der Parteitage, die man ihm stets anvertraute, wirkte er mit aller Kraft für die Erhaltung der Einheit der Partei.

Für die Gewerkschaften hat er angesichts dieser ausgedehnten politischen Wirksamkeit natürlich nur in beschränktem Maße unmittelbar tätig sein können. Aber ihre Bestrebungen fanden in ihm sowohl im Reichstage als auch im Berliner Stadtverordnetenkollegium stets einen energischen und unerschrockenen Vertreter, wie ja außerdem seine ganze parlamentarische und kommunalpolitische Arbeit mit der gesamten Arbeiterbewegung auch ihrem gewerkschaftlichen Zweige voll zugute kam. Auch die Gewerkschaften und ihre Mitglieder stehen daher trauernd an der Gruft des Dahingegangenen, der für das Proletariat stets und immerdar sein Bestes gab.

Am Sonntag wurde Paul Singer zur letzten Ruhe gebettet. Hunderdtausend, nach einer Berliner Lokalkorrespondenz sogar rund zweihunderttausend Arbeiter und Arbeiterinnen gaben ihm das letzte Geleit. Eine mindestens doppelt oder dreimal so große Menge bildete Spalier in den Straßen, die der mehrere Kilometer lange Zug vom Hause des Vorwärts, wo Singers Leiche aufgebahrt war, bis zum Friedhof in Friedrichsfelde, wo der Dahingegangene bestattet wurde, durchzog. Um 1 Uhr mittags setzte sich die Spitze des Zuges in Bewegung, um 4 Uhr nachmittags traf sie auf dem Friedhofe ein, aber erst um 7 Uhr abends zogen die letzten Abteilungen an dem bereits geschlossenen Friedhofstor vorüber, um in derselben musterhaften Ordnung, wie der ganze gewaltige Zug verlaufen war, nach der Stadt zurückzukehren. Zutreffend betonte der Reichstagsabgeordnete Fischer in seiner Gedächtnisrede an der Bahre, kein Mächtiger der Erde könne so zu Grabe getragen werden, wie die

Arbeiterschaft einen ihrer hervorragendsten Führer zur Gruft geleitet hat.

Dieser gewaltige Zug war eine überwältigende, machtvolle Kundgebung für die Idee, die die Arbeiterbewegung eint. Ein Kämpfer nach dem andern, ein Führer nach dem andern sinkt in den Staub, aber diese Idee bleibt bestehen, immer neue Kämpferscharen strömen ihr zu, ringen und kämpfen für sie, bis sie zum Siege gelangt ist.

Rundschau.

„**Streikterrorismus**“ Das Schutzverbandsorgan geht in seiner Nr. 3 mit einem Briefe krebsen, den ein streikendes Mitglied unseres Verbandes an eine bestreikte Firma gerichtet haben soll. Der Briefschreiber sucht sich durch seine jämmerliche Epistel bei seinem bisherigen „Botherm“ dafür zu entschuldigen, daß er nicht Streikbrecher geworden ist, indem er seinen Mitschreitenden nachredet, sie hätten ihn an der Aufnahme der Arbeit mit allen Mitteln gebindert. Sie sollen ihm z. B. gesellschaftliche Achtung und Ausstoßung aus dem Verbandsaussicht gestellt haben. Es ist ganz selbstverständlich, daß ein Streikbrecher keinen Platz mehr in der Organisation hat und daß jemand, der ehrlos genug ist, seinen kämpfenden Arbeitsbrüdern in den Rücken zu fallen, keinen Anspruch auf die Achtung der von ihm verratenen Kollegen mehr erheben kann. Schließt doch auch der Schutzverband die Unternehmer, die gegen seine Beschlüsse handeln, aus seinen Reihen aus und verfolgt er wie das Unternehmertum im allgemeinen alle diejenigen, die nicht nach der Pfeife der Unternehmerführer tanzen, nicht nur mit gesellschaftlicher Achtung, sondern auch mit schwerer wirtschaftlicher Schädigung. Nur durch blutigsten Terrorismus vermögen ja die Kapitalproten ihre gemeingefährliche Gewaltherrschaft immer noch aufrecht zu erhalten. Um so heuchlerischer und verächtlicher ist daher ihr Geschrei über den „Streikterrorismus der Arbeiter“, den man schon darin erblickt, wenn ein Klassen-genosse, der durch den Druck des Unternehmertums zum Verräter der Arbeiterinteressen werden wollte, in einer durchaus gesetzlich zulässigen Weise an seine Pflicht gemahnt wird. Mit pharisaischem Augenverdrehen bemerkt das Schutzverbandsorgan zu dem von ihm veröffentlichten „Zeitdokument“ eines feigen Jammerlappens, der sich jedenfalls durch seine Jeremiaden das Wohlwollen seines „Brotherm“ auch nach Beendigung des Streiks erhalten wollte: „Das sind dieselben Herren, die sonst nicht laut genug das Wort „Freiheit“ im Munde führen können und denen die so pathetisch gepriesene „Koalitionsfreiheit“ weiter nichts ist als der krasseste Koalitionszwang.“ Der Schutzverband als Hüter der Freiheit! Das ist ungefähr dasselbe, als wenn sich der Bock zum Ziegärtner oder der Fuchs zum Gänsehirtten empfiehlt. Denn das einzige Recht, das das Unternehmertum den Arbeitern gewähren und sichern möchte, ist doch tatsächlich nur das Recht auf Streikbruch, und die einzige den Arbeitern zugestandene Freiheit ist doch wirklich nur die des Verrats ihrer Klasse zur höheren Ehre der unbeschränkten Ausbeutungsfreiheit des Unternehmertums!

Lohnforderungen der in der Firma Krey & Sommerlad in Niedersiedlitz bei Dresden beschäftigten Kollegen wurden von der Geschäftsleitung mit der sonderbaren Begründung abgelehnt, es sei festgestellt worden, „daß die Preise für Lebensmittel in der letzten Zeit sich eher auf absteigender Linie bewegen, so daß von einer fortgesetzten Preissteigerung der Lebens- und sonstigen Bedarfsmittel nicht gesprochen werden kann.“ Leider wird nicht verraten, wer diese überraschende Feststellung der absteigenden Tendenz der Lebensmittelpreise gemacht hat. Sie entspringt vermutlich der Partei der Geschäftsleitung, die dabei ganz übersehen hat, daß die Lohnzulage des preussischen Königs eben-

falls vorwiegend mit der Steigerung der Preise aller Bedarfsmittel begründet wurde. Nach der Ansicht dieser Firma müssen alle die, die diese Millionenzulage vertreten, — geschwindelt haben.

Geschäftsergebnisse. Die Firma *Albrecht & Meister, Akt.-Ges. für Luxuspapierfabrikation in Berlin-Reinickendorf*, schloß das bereits am 30. Juni 1910 beendete Geschäftsjahr, über das erst jetzt berichtet wird, mit einem Verlust von 272.307 Mk. oder nach Auflösung des Reservefonds mit einer Unterbilanz von 244.307 Mk. ab. Im Vorjahre betrug der Ueberschuß 153.747 Mk., aus dem 5 Proz. Dividende gezahlt und 69.219 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen wurden. Trotz des schlechten Resultates haben Vorstand und Aufsichtsrat nicht auf ihre Tantemen verzichtet, diese sind als allgemeine Unkosten verbucht, aber nicht gesondert ausgewiesen. Ueber das unerfreuliche Ergebnis äußert sich die Verwaltung im Geschäftsbericht recht kurz. Sie schreibt: „Die allgemeine geschäftliche Lage war für unsere Branche nicht günstig; starke Zollerhöhungen auf wichtige Artikel unserer Fabrikation in den Vereinigten Staaten von Nordamerika haben zwar nicht den Umsatz, wohl aber den Gewinn an diesen Artikeln verringert. Schließlich hat ein in den letzten Monaten des Berichtsjahres ausgebrochener Streik der Hilfsarbeiter unseres Hauptfabrikationszweiges, der auch einen erheblichen Teil der anderen Arbeiter in Mitleidenschaft zog, ungünstig auf das Jahresergebnis eingewirkt. Die Unkosten haben infolge der Uebernahme der Fabrik Taucha eine entsprechende Erhöhung erfahren.“

Ein Gemütsmensch ist der Fabrikbesitzer Wolf in Linden, der die Büttin Freifrau von Vopelius noch tief in den Schatten stellt. Dieser würdige Repräsentant des Nationalliberalismus äußerte nämlich in der Gemeinderatsitzung bei der Beratung des Vorschlags eines kinderreichen Bergarbeiters: „Die Arbeiter müssen kastriert werden, damit sie nicht soviel Kinder in die Welt setzen.“ Diese Gemütsrohheit des frommen Menschenfreundes kennzeichnet besser als lange Abhandlungen die abgrundtiefe Moralanschauung so mancher Kapitalisten.

Auch der zweite „Revolutionsprozeß“ in Berlin, der Weddingprozeß, ist nun vorüber und nach neunmühtiger Verhandlung wurde über die Angeklagten das Urteil gesprochen. Es handelte sich bei dem Prozeß um die Sühne von Kravallen, die infolge eines Streiks von Schlichtergesellen und des nicht einwandfreien Verhaltens von Streikbrechern dabei in dem Berliner Nordviertel Wedding entstanden waren. Das Märchen von der „Revolution“ wurde in diesem Prozesse so gründlich zerstört wie in den Moabiter Prozessen. Erkannt wurde auf Geldstrafen von 50 bis 100 Mk. und auf Gefängnisstrafen von einem Monat bis zu einem Jahr gegen 17 Personen; ein Angeklagter wurde freigesprochen. Für die Betroffenen ist das freilich noch schlimm genug. Wenn aber die reaktionäre Scharmacherpresse mit ihren phantastischen Behauptungen über das Wesen der Weddingereignisse recht gehabt hätte, wären die Strafen sicher viel höher ausgefallen.

Ein mißglückter Streikpostenprozeß. Das Landgericht in Hagen sprach zwei wegen Vergehens gegen polizeiliche Anordnungen angeklagte Streikposten frei, weil sich die fragliche Anordnung eines Schutzmannes nicht direkt als notwendig erwies, da eine Gefährdung des Verkehrs durch das Verhalten der Streikposten nicht nachzuweisen war und eine spätere Möglichkeit dafür nicht in Betracht kommen könnte. Da der Staatsanwalt mit dieser Entscheidung nicht zufrieden war und Revision einlegte, hatte sich das preussische Kammergericht mit der Sache zu beschäftigen. Aber auch diese höchste preussische Gerichtsinstanz kam zu einem freisprechenden Urteil, und zwar aus den gleichen Gründen wie das Landgericht. Es setzte als selbstverständlich voraus, daß eine polizeiliche Anordnung nicht auf Geratewohl ergehen dürfe, sondern eine einigermaßen nahegelegene und nicht nur eingeleitete Gefährdung als Grund haben müsse. Eine solche gerichtliche Korrigierung der polizeilichen Allmacht ist schon lange nicht mehr dagewesen.

Wohlfahrtsdusel. Das Neueste in der Belämmierung der Arbeiter durch sogenannte Wohlfahrtseinrichtungen ist die Art der Erstattung von Vereinsbeiträgen oder Zuschüssen zu solchen (siehe gelber Unterstützungsverein und die Rundschau notiz in Nr. 3 der „Graph. Presse“). Auch die von „humanen“ Unternehmern ausgehende Arrangierung von Festlichkeiten, wie Weihnachts-, Kaisergeburtstags- und ähnlichen Feiern sind nicht selten. Panem et circenses heißt ein römisches Wort: fürs Volk Brot und Zirkusspiele. Um aber zu richtigen Erfolgen zu gelangen, müßte etwas mehr System in die Sache kommen. Wie wäre es denn, wenn diese Wohltäter in ihren Fabriken anstatt der Arbeiterausschüsse Arbeitervergütungsausschüsse einsetzen? Zu Klümbum und Vereinsduseleien haben ja immer noch genug Arbeiter hervorragende Fähigkeiten. Diese hätten sich unter Anleitung des Unternehmers in den Dienst dieser guten Sache zu stellen und für passende zensierte Koupлет- und Liedervorträge sowie sonstige obrigkeitsernehmliche Belustigungen zu sorgen. Auch die Feiern bekannter Feste könnten vielmehr der Kapitalarbeit-Harmonie angepaßt werden. So wäre gegenwärtig in der Karnevalszeit z. B. ein originaltreuer Maskenball zu arrangieren. Die zur Abhaltung nötigen Requisiten

und Kostüme würden leicht durch eine Brocken-sammlung bei noblen Herrschaften zusammenzubringen sein. Für besonders knechteliche und unterwürfige Arbeiter wären abgelegte Bedienten- und Lakaienlivreen recht passend; für die „Bevorzugten“ kämen glanzvollere Stücke in Betracht: gut im Zustand befindliche, also noch vorführungsfähige Nickelgeschirre für Paradeperde, Wichtigtuer-Schellenkostüme, respektable Postenträger-Habits u. a. — Diese letztere Art von Wohltätigkeit ließe denn auch eine über den Aschermittwoch hinaus sich erstreckende gute Wirkung in Betreff eines friedlichen Einvernehmens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer erhoffen, umso mehr als sich die letzteren so nach und nach daran gewöhnen, mit sich Narren spielen zu lassen.

Neue Postwertzeichen sollen in Bayern am 11. März, dem Vorabend des Geburtstags des Prinzregenten, zur Ausgabe gelangen. Sie werden nach der „Deutschen Verkehrszeitung“ nicht, wie zuerst angenommen wurde, beschränkte Umlaufdauer haben, sondern dauernd im Verkehr bleiben und allmählich an Stelle der jetzigen Postwertzeichen treten, die seit 1875, wo die Kreuzerwährung durch die Pfennigwährung ersetzt wurde, unverändert geblieben sind. Die neuen Marken zeigen statt des bisherigen Wappenschildes mit dem Löwen das Bildnis des Regenten und sind nicht wie bisher in Relief-, sondern in Flachdruck hergestellt. 15 neue Markensorten im Werte von 3 Pf. bis zu 20 Mk. werden ausgegeben. Außer den Marken gelangen drei Jubiläumspostkarten zu 5 und 10 Pf. und zu 5 Pf. mit bezahlter Antwort, von Professor Julius Diez mit besonderem Wertzeichenbild auf der Vorderseite und auf der Rückseite mit einer allegorischen Huldigung für den Jubilar geschmückt, in Vielfarbdruck zur Ausgabe.

Die Verbindlichkeit der Tarifverträge erstreckt sich auch auf Tarifgegner. So urteilte das Würzburger Gewerbegericht, indem es einem Baugeschäftsinhaber, der von den Vereinbarungen der beiderseitigen Organisationen im Baugewerbe nichts wissen wollte und sich auch damit ausredete, daß er nicht Mitglied der Unternehmerorganisation sei und den betreffenden Tarifvertrag nicht unterschrieben habe, zur Bezahlung des tarifmäßigen Lohnes verurteilte. Dieser Entscheid wurde damit begründet, daß nach der Rechtsprechung der Gewerbegerichte die Bestimmungen der Tarifverträge als ortsübliche Arbeitsbedingungen für das ganze betreffende Gewerbe gelten, wenn sich die Mehrheit der Arbeitgeber und Arbeiter in dem betreffenden Bezirke dem Tarifvertrag unterworfen habe. Es könne daher nicht in das Belieben einzelner Arbeitgeber gestellt werden, sich dadurch der Wirkung des Tarifvertrags zu entziehen, daß sie ihm einfach nicht beitreten.

Der Arbeitsmarkt im Dezember 1910 hielt sich dem „Reichs-Arbeitsblatt“ zufolge, wenigstens im ersten Teile des Monats im allgemeinen auf der gleichen Höhe wie im Vormonate, während, wie stets nach dem Weihnachtsfeste, in vielen Gewerben ein Rückgang zu beobachten war. Im Baugewerbe ließ die Beschäftigung der Jahreszeit entsprechend zum Teil weiter nach; auch die für das Weihnachtsfest arbeitenden Industrien wiesen naturgemäß einen Rückgang auf. Auf dem Ruhrkohlenmarkt hat die Besserung angehalten. Im Saarreviere war die Förderung größer als im Vormonate. Im ober-schlesischen Kohlenbergbau war die Beschäftigung nach der Mehrzahl der Berichte ziemlich schwach. Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau war der Rohkohlenabsatz bis gegen Ende Dezember meist zufriedenstellend, das Bricketgeschäft dagegen schlecht. Der Beschäftigungsgrad in der Metall- und Maschinenindustrie war befriedigend. In der Textilindustrie waren die Baumwollspinnereien zum größten Teile noch ungenügend beschäftigt; in der Tuchfabrikation ist der Geschäftsgang nur in einigen Gegenden befriedigend, zumeist aber recht ungünstig. Der Arbeitsmarkt im Bekleidungs-gewerbe befriedigte. Gut beschäftigt waren die elektrische und die chemische Industrie. Auch die Lage des Kalimarktes wird günstig beurteilt. Die Papierausstattungsfabrikation war wegen des Weihnachtsestes sehr stark beschäftigt. Die Tapetenfabriken hatten durchweg befriedigend Arbeit, zum Teil trat gegen den Vormonat eine kleine Verschlechterung ein. Die Druckereien waren zumeist gut beschäftigt.

Die Zahl der Arbeitslosen im graphischen Gewerbe bezifferte sich nach dem „Reichs-Arbeitsblatt“ am letzten Tage des 4. Quartals 1910 beim Buchdruckerverband auf 2003 von 59.772 Mitgliedern, beim Hilfsarbeiterverband auf 271 von 16.157 Mitgliedern, bei unserer Organisation auf 725 von 17.321 Mitgliedern, beim Xylographenverband auf 6 von 478 Mitgliedern, beim Gutenbergsbund auf 13 von 3045 Mitgliedern, beim H.-D.-Gewerkverein auf 56 von 1655 Mitgliedern, beim christl. Gewerkverein auf 11 von 1527 Mitgliedern. Alle graphischen Verbände hatten also am 31. Dezember 1910 bei 129.107 Mitgliedern 3900 Arbeitslose, gegen 4604 Arbeitslose bei 126.016 Mitgliedern am 30. September 1910. Das Fallen der Arbeitslosenziffer ist nur auf die Abnahme der Zahl der Arbeitslosen im Buchdruckerverband von 3208 am Schluß des 3. auf 2003 am Schluß des 4. Quartals zurückzuführen; in den drei andern großen Verbänden sind die Arbeitslosenziffern gestiegen, in unserer Organisation z. B. von 593 auf 725. — An Arbeitslosenunter-

stützung zählten im 4. Quartal 1910 aus: die Buchdrucker 307.556, die Buchbinder 32.372, die Hilfsarbeiter 11.756, unser Verband 43.776, die Xylographen 2336 der Gutenbergsbund 2249, der H.-D.-Gewerkverein 439, der christl. Gewerkverein 496 Mk., das sind im ganzen 400.980 Mk. gegen 528.321 Mk. im 3. Quartal 1910. — Auf 100 Mitglieder kamen im 4. Quartal 1910 bei den Buchdruckern 14,3 (im 3. Quartal 16,4), Buchbindern 12,5 (10,7), Hilfsarbeitern 8,9 (1,4) und bei unserer Organisation 11,3 (11,0) Fälle von Arbeitslosigkeit.

Aus dem Auslande.

Belgien. Die Bewegung der Buchdrucker in der Provinz Lüttich, an der auch unsere Kollegen beteiligt sind, droht schärfere Formen anzunehmen. Gefordert wird der neunstündige Arbeitstag und ein Tageslohn von fünf Franks. In Verviers ruht bereits in vierzig Betrieben die Arbeit. Die Zeitungsunternehmer wollen versuchen, eine gemeinschaftliche Ausgabe, dennoch außerhalb der Stadt drucken zu lassen. Da die Druckereibesitzer von Lüttich die Verhandlungen mit den Arbeitern ablehnen, so wird es wohl auch dort in diesen Tagen zum Ausstand kommen.

England. Es scheint, daß die Bewegung zur Erlangung der 48stündigen Arbeitswoche für alle Druckereiarbeiter Englands, die von der Föderation der graphischen Verbände eingeleitet wurde, infolge Uneinigkeit der angeschlossenen Verbände als gescheitert gelten kann. An der letzten Konferenz zwischen den Vertretern der Prinzipale und der Arbeiter sprachen sich die Unternehmer nochmals energisch gegen die Verkürzung der Arbeitszeit aus. Einige Tage später trat dann das Unerwartete ein: Die schottischen und englischen Verbände (Provinzen) sowie der Londoner Maschinenmeister-Verband zogen sich von der Bewegung zurück. Nur der Londoner Schriftsetzer-Verband will den Kampf allein aufnehmen und hat seinen Mitgliedern bereits empfohlen, am 23. Januar die Kündigung einzureichen. Aber auch in diesem Verbände werden Stimmen gegen den Ausstand laut und eine neue verlangt Abstimmt. Auch wird befürchtet, daß die Londoner Kundschaft ihre Arbeiten nach der Provinz verlegen wird. Die letzte Abstimmung des Londoner Schriftsetzer-Verbandes ergab: für den Ausstand 7847 Stimmen, dagegen 1501, Stimmenthaltungen 940. Im Falle eines Ausstandes werden die Zeitungsetzer (etwa 1300) nicht austreten, da sie nur 48 Stunden arbeiten.

Finnland. Der Kampf der Arbeiter aller graphischen Branchen dauert unverändert fort. Er wird um so schärfer durch die internationale Verbindung der skandinavischen und finnischen Unternehmerverbände, die auf einem gemeinsamen Kongreß beschlossen, keine Arbeitszeitverkürzung oder Lohn-erhöhung zu gewähren und in allen Branchen Stundenlohn einzuführen. Es sieht aus, als wenn der finnische Unternehmerbund nach einer fünfmonatigen Aussperrung der Metallarbeiter, die für letztere mit dem Verlust des Tarifs endete, nun die stärkste und beste finnische Arbeiterorganisation, den Typographenbund, vernichten wolle. Das soll ihm aber nicht gelingen. Der Kampf dauert schon 5 Wochen, aber mit froher Zuversicht und unerschütterlicher Ausdauer wird weiter gerungen. Vom 15. Januar ab gewährt die finnische Landeszentrale dem kämpfenden Verbände die höchste Unterstützung, ebenso der internationale Typographenbund. Jeder Zug von Streikbrechern muß ferngehalten werden, dann muß der Sieg auf der Seite der kämpfenden graphischen Arbeiter sein.

Oesterreich. Wie die Firma Strache in Waidorf, so schreiben sich auch andere böhmische Unternehmer die Finger blutig, um Streikbrecher in ihre verödeten Betriebe zu locken. So erhielt ein Lichtdruckerkollege von der Firma V. Neubert in Prag-Smichow folgenden freundlichen Brief: „Auf Ihr Inserat im „Allgem. Anzeiger“ vom 6. c. bezugnehmend, teile Ihnen höflich mit, daß in meiner Anstalt ein Posten des Lichtdruck-Maschinenmeisters frei wäre, und bitte ich Sie daher, mir Ihre Lohnansprüche bekannt zu geben. Sie könnten dann eventuell sofort antreten und ruhig, ungestört arbeiten, obwar die Arbeit hier eingestellt ist. . . . Es genügt wohl, den Beteiligte zur Belustigung der Kollegen tiefer zu hängen.“

Politische Monatsschau.

Berlin, den 4. Februar 1911.

Des Reiches 40. Geburtstag. Die Berliner „Aufrührer“-prozesse. Sühne für Tat eines mitleidigen Schurken. Verschärfung der Erpressungsparagrafen. Das Wertzuwachssteuergesetz. Das Verfassungsgesetz für Elsaß-Lothringen. Preussische Wahlrechts-kündigungen. Junkerliche Unverschämtheiten.

Am 18. Januar waren seit der Begründung des Deutschen Reiches 40 Jahre verflossen. Mit präsenzgeschwollener Begeisterung hat der nurrationalistische Teil des Volkes diesen Gedenktag gefeiert, allen voran die Junker und Junkergenossen, also die Nachkommen der Leute, die der Einigung der deutschen Staaten immer neue Hindernisse entgegenzustellen mußten. Sie hatten und haben heute noch die Staatsgewalt in den Händen, und wie sie diese heute zur Bekämpfung und Unterdrückung der Arbeiterbewegung zu mißbrauchen suchen, so mißbrauchten sie sie vor 1870/71 zur Niederhaltung der auf die Einigung Deutschlands gerichteten Bestrebungen und zur Verfolgung der besten Vorkämpfer der deutschen Einheit, Robert Blum und Trützschler

wurden hingerichtet, Arndt, Jahn, Kinkel, Reuter und viele andere jahrelang eingekerkert. Diese waren deutschen Patrioten waren für die Afterpatrioten von damals Umstürzler und Hochverräter, und es klingt wie Hohn, wenn die Nachkommen jener blutigen Reaktionen, die Afterpatrioten von heute, die ebenfalls jeden vorwärtsstrebenden Geist in den Kerker und aufs Schafott bringen möchten, die Reichsgründung mit der vorliegenden Begeisterung feiern.

Der wahre Charakter dieser Reaktionen von heute, die sich als Patrioten aufspielen, tatsächlich aber nur auf die Sicherung ihrer Herrschaftstellung bedacht sind und, sobald letzterer Gefahr droht, allen Patriotismus zum Teufel gehen lassen, wurde wieder enthüllt durch die Berliner »Auführ-prozesse und ihre Folgeerscheinungen. Statt der erhofften vernichtenden Niederlage für die Arbeiterbewegung, die »Umstürzler« und »Hochverräter« brachten sie eine vollständige Bloßstellung der schärfsten Waffe in den Händen der skrupellosen herrschenden Klasse: des preußisch-deutschen Polizeisystems. Dieses ging vollständig ramponiert und gebrandmarkt aus den Moabitern Prozessen hervor. Was wunder, daß nunmehr der Justizminister für eine gesetzliche Einschränkung des Beweisverfahrens eintrat und daß er damit bei seinen konservativen Brotgebern auf liebevolles Verständnis stieß. Einer dieser frechen Junker hatte ja sogar die Stirn, die beschworenen Aussagen der Zeugen, die die brutalen Polizeitaten schonungslos aufgedeckt haben, unter dem Schutze der parlamentarischen Immunität als »wahrheitswidrig und gefälscht« zu bezeichnen.

Diese feige Beleidigung ehrenhafter Bürger und diese ministerlichen Bestrebungen zur Erschwerung der Ermittlung der Wahrheit durch das Gericht konnten in unserem »Rechtsstaat« zum Ausdruck gebracht werden, in derselben Zeit, in der ein deutsches Gericht ein Justizverbrechen, das vor fast 16 Jahren begangen worden war, wieder gut machen mußte, soweit es überhaupt noch möglich gewesen ist. Damals verurteilte ein von politischer Leidenschaft, die der Minister und das Junkertum wieder auflieben lassen möchten, unnebeliges Gericht sieben brave Bergleute wegen wissentlichen Meineides zu langjährigen Zuchthausstrafen. Das Zeugnis eines Gendarmen, den seine Amtskollegen und Vorgesetzten als Prahlers und Lügenmaul, als Säuer und gewalttätigen, gesetzlosen Exzendenten, als Krakeeler und gefährlichen Rowdy kannten, wog für jenes Gericht schwerer wie die Zeugenaussagen von sieben unbescholtenen Arbeitern. Ihr ganzes Leben wurde durch das brutale Klassenniveau vernichtet. Endlich ist es ihnen und ihrem damaligen Verteidiger nach mehr als 15 langen Jahren gelungen, in diesem Essener Meineidsprozeß das Wiedernahmeverfahren durchzusetzen. Einer der damals Verurteilten ist inzwischen verstorben, ein anderer ist verschollen. Nur fünf konnten durch das Wiedernahmeverfahren rehabilitiert werden, durch das einwandfrei der Gendarm Mütter, der sie damals ins Zuchthaus brachte, als meineidiger Schurke entlarvt worden ist. Er ist inzwischen verstorben, kann also für seinen Meineid und sein an sieben Ehrenmännern begangenes furchtbares Verbrechen nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden. Aber mit seiner Entlarfung hat das preußisch-deutsche Polizeisystem und der junkerliche und ministerliche Klüngel, der es verteidigen und konservieren möchte, einen neuen schweren Stoß erlitten. Die Folgen werden sich bei den nächsten Reichstagswahlen geltend machen!

Bald werden diese herangerückt sein und der aus den Faschingswahlen von 1907 hervorgegangene schwarzblaue Mehrheit ein Ende bereiten, die inzwischen lustig weiterwurstelt. So hat sie z. B. seit dem Wiedereintritt des Reichstags am 10. Januar 1911 die Strafgesetznovelle in der zweiten Lesung in einer Weise zu verschärfen gewußt, daß die Bestimmungen, wenn sie auch in der Schlußlesung durchgehen sollten, für die Gewerkschaften von außerordentlicher Tragweite sein können. Soll von der Verschärfung auch die von Arbeitern durch Drohung mit Arbeitseinstellung verlangte Lohnerhöhung unter dem Gesichtspunkt der Erpressung strafbar gemacht werden, »wenn der auf die Drohungen hin verlangte Lohn im Mißverhältnis zu dem wahren Werte der Arbeitsleistung steht und die Täter sich dessen bewußt sind.« Natürlich wird die Arbeiterpartei in der dritten Lesung alles versuchen, um dieses Attentat gegen die Gewerkschaften abzuwenden. Für diese und ihre Mitglieder ist das Vorgehen des schwarzblauen Blocks aber wieder ein Beweis dafür, daß sie dem politischen Leben, besonders den Wahlen, erhöhte Aufmerksamkeit widmen müssen.

Ferner hat der Reichstag in den letzten Wochen das Wertzuwachssteuergesetz in dritter Lesung zur Verabschiedung gebracht. Die schwarzblaue Mehrheit trägt die Schuld, wenn diese Besitzsteuer, gegen die sich die Junker und die Heiligen vordem so entschieden wandten, so schlecht geworden ist, daß ihr die Reichstagslinie nicht zustimmen konnte. So wurden z. B. die Fürsten von der Steuer und von dem Fideikommissstempel befreit. Der Versuch der Arbeiterpartei, die Aufhebung der unsinnigen Zündholzsteuer als Äquivalent für die Annahme der Wertzuwachssteuer zu erreichen, scheiterte ebenfalls. Daher sah sich die Linke gezwungen, der Mehrheit die Verantwortung für das Gesetz allein zu überlassen.

Von besonderer Bedeutung in der Reichstagsarbeit der letzten Wochen ist noch die erste Lesung des Verfassungsgesetzes für Elsaß-Lothringen. Dabei ging der Sozialdemokrat Emmel-Mülhausen i. Els. mit dem Machwerk preußischer Regierungsweisheit hart ins Gericht. Er forderte volle Gleichberechtigung der Reichslande mit den anderen Bundesstaaten, die politische Selbständigkeit und statt des von der Regierung empfohlenen Zweikammersystems eine Kammer mit dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht für alle mündigen Personen beiderlei Geschlechts. Die geplante Gewährung von zwei Altersstimmen bekämpfte er mit dem zutreffenden Hinweis, daß dadurch gerade der Einfluß der an Jahren älteren, meist franzosenfreundlichen Bevölkerungskreise gestärkt werden würde. Der Reichskanzler bezeichnete es als sein Prinzip, daß jedes neue Wahlrecht besser als bisher die Wohlfahrt des Landes fördern müsse.

Dieses schöne Prinzip scheint er allerdings bei seiner preußischen Wahlrechtsvorlage völlig in den Wind geschlagen zu haben. Die Spottgeburt, durch die er seiner Zeit ein Königswort einlösen wollte, wurde sang- und klanglos verscharrt. In der Thronrede, mit der am 10. Januar die vierte Session der 21. Legislaturperiode des preußischen Landtages eröffnet wurde, ist von einer Wiederaufnahme der Wahlrechtsreformarbeit in Preußen mit keiner Silbe die Rede. Daher sah sich das preußische Volk veranlaßt, die Einlösung des Versprechens der Thronrede vom Oktober 1908 mit aller Entschiedenheit zu fordern. Am 22. Januar fanden wieder im ganzen Lande gewaltige und meist überfüllte Wahlrechtsversammlungen statt, allein in Großberlin 73, die von weit über 100 000 Menschen besucht waren. Sie offenbarten erneut den eisernen Willen der entrechteten Volksmassen, sich die volle politische Gleichberechtigung im Lande zu erringen. Nur dadurch kann die Gewalt Herrschaft und Anmaßung des Junkertums gebrochen werden.

Von letzterer liefert die unerhörte Provokation wieder einen Beweis, die sich der junkerliche Präsident der preußischen Dreiklassenkammer dem sozialdemokratischen Abgeordneten Hoffmann gegenüber leistete. Er beleidigte letzteren durch die Bemerkung, daß er »ihm nicht ernst nehme.« Hoffmann ersuchte ihn daraufhin, ihn wenigstens dann ernst zu nehmen, wenn er diese junkerlich-präsidentale Äußerung als Unverschämtheit bezeichne. Diese gebührende Rüge und Zurückweisung der Taktlosigkeit des Präsidenten war für die bürgerlichen Fraktionen Veranlassung, nicht etwa die präsidentale Unverschämtheit, wohl aber ihre Zurückweisung durch den Betroffenen, d. h. also den berechtigten Akt der Selbstverteidigung, mit dem Pathos stiltlicher Entrüstung zu verurteilen. Der Versuch des »vornehmen« Präsidenten, aus dem Fall eine Verschärfung der Geschäftsordnung herauszuschinden, blieb freilich unerfüllt. Der von Kröcher betätigte Junkerklub gegenüber einem der wenigen wirklichen Volksvertreter wird erst dann unmöglich sein, wenn das preußische Volk auf Grund eines gerechten Wahlrechts die ganze anmaßende Sippe zum Tempel hinaus gejagt haben wird.

Aus der Reichsversicherungs-Kommission.

IV. (Neue Folge).

Die Kommission erledigte in zweiter Lesung den Teil des Entwurfes, der sich auf die Versicherungsbehörden bezieht. Als unterste Instanz waren in dem Regierungsentwurf die Versicherungsämter vorgeschlagen worden. Sie sollten zwar keine selbständigen Behörden sein, aber einen besonderen Vorsitzenden erhalten. In der ersten Lesung ließ sich die bürgerliche Mehrheit der Kommission von dem Gesichtspunkte leiten, daß unter allen Umständen eine neue »kostspielige« Behörde nicht geschaffen werden dürfe. Aus diesem Grunde begnügte sie sich nicht mit der Zuspicherung, daß die Versicherungsämter keine selbständige Behörde sein sollten, sondern sie lehnte auch den besonderen Vorsitzenden für die Versicherungsämter ab. Im Laufe der weiteren Beratung aber sah auch die bürgerliche Mehrheit der Kommission ein, daß den Versicherungsämtern eine lange Reihe wichtiger Aufgaben zugeteilt werden müßten und daß deshalb diese Behörde ohne einen besonderen Vorsitzenden garnicht ihren Aufgaben gerecht werden könnte. Aus diesem Grunde regte die bürgerliche Mehrheit selbst in der zweiten Lesung des Entwurfes an, daß der Versicherungsämter ein besonderer Vorsitzender angestellt werde. Dieses wurde denn auch einstimmig angenommen. Dabei aber wurde zugleich bestimmt, daß für diesen neuen Posten solche Beamte ausgewählt werden sollen, die durch ihre Vorbildung oder Erfahrung als geeignet dazu erscheinen. Die Sozialdemokraten wendeten sich gegen diese Bestimmung. Sie gaben zwar zu, daß nicht immer ein juristisch vorgebildeter Beamter für den neuen Posten notwendig sei, jedoch bestehe die Befürchtung, daß pensionierte Offiziere an diese Stellen gebracht würden. Dieses sei bereits in arbeiterfeindlichen Zeitungen vorgeschlagen. Es liege aber auf der Hand, daß derartige Personen ganz und gar ungeeignet seien, in der sozialen Gesetzgebung an hervorragender Stelle mitzuwirken. Der Regierungsvertreter versicherte, daß in der Reichsverwaltung kein Mensch an eine derartige Besetzung dieser Stellen denke. Er verwies darauf,

daß gegen die Besetzung der Vorsitzenden-Stellen durch ungeeignete Beamte die Entscheidung der oberen Verwaltungsbehörde angerufen werden könne. Dies sei ein genügender Schutz, um zu verhindern, daß entsprechend den Befürchtungen der Sozialdemokraten ungeeignete Personen zu Vorsitzenden der Versicherungsämter bestimmt werden. Diese Erklärung wurde zu Protokoll genommen, um später, wenn es nötig sein sollte, mit um so größerem Nachdruck gegen eine abweichende Praxis der Versicherungsbehörden vorgehen zu können.

In die Versicherungsämter werden Beisitzer aus den Reihen der Arbeitgeber und der Arbeiter gewählt. Die Wahl erfolgt durch die Kassenvorstände, wobei die Stimmen auf die einzelnen Kassen je nach ihrer Mitgliederzahl verteilt werden. Bei der Besprechung dieser Bestimmung wurde aus Mecklenburg mitgeteilt, daß hier die Behörde die Stimmenzahl ein für allemal auf die Kassen verteilt habe und daß bei allen späteren Wahlen immer nach dieser Regelung die Abstimmung erfolgt. Wenn also inzwischen eine Krankenkasse auch noch so viel an Mitgliedern zu- oder abgenommen hätte, sie behielte dieselbe Zahl von Stimmen. Um diesen Mißstand endgiltig zu beseitigen, fügte die Kommission in das neue Gesetz die Bestimmung ein, daß die Zahl der Stimmen vor jeder Wahl von neuem nach der Mitgliederzahl der einzelnen Kassen verteilt werden muß.

Bei der Verteilung der Kosten, die die Versicherungsämter verursachen, handelte es sich darum, den Beschluß der ersten Lesung wieder aufzuheben. In der ersten Lesung hatte die Kommission zwar beschlossen, daß alle Kosten dem beteiligten Bundesstaat aufgelegt werden sollen. Aber schon damals hatten die Regierungsvertreter erklärt, daß eine solche Belastung der Bundesstaaten unter keinen Umständen zulässig sei. Deshalb hatten sich auch inzwischen die bürgerlichen Parteien dahin verständigt, die Kosten sowohl den Versicherungsämtern als auch den Oberversicherungsämtern auf die Bundesstaaten, Gemeinden und Versicherungssträger zu verteilen.

In der Debatte hierüber zeigte sich wieder einmal, daß die Regierungen, die gar nicht entschieden genug für die Belastung des Volkes im Interesse des Militarismus, Maritimus und der Kolonialpolitik eintreten können, unter keinen Umständen eine Belastung der Staatskasse im Interesse der Arbeiter zulassen wollen. Bei den Versicherungsämtern stimmte die bürgerliche Mehrheit der Kommission der vorgeschlagenen Verteilung der Lasten schließlich zu. Dagegen fehlten bei der Abstimmung über die Verteilung der Lasten, die durch die Oberversicherungsämter erfordert würden, mehrere Abgeordnete des Zentrums. Infolgedessen wurde hier der Kompromißantrag abgelehnt und der ganze Betrag der Kosten der Staatskasse auferlegt. Wiederum erklärten die Regierungsvertreter, daß dieser Beschluß unbedingt geändert werden müsse, sonst könnte der Bundesrat dem neuen Gesetze seine Zustimmung nicht geben.

Eine sehr ausgedehnte Debatte fand statt über die Frage, ob die Zahntechniker zur Behandlung der Kassenmitglieder zugelassen werden sollten oder nicht. In diese Frage spielte bereits die Arztfrage hinein; denn nur mit Rücksicht auf die Forderungen der Aerzte war eine Aenderung der bestehenden Bestimmungen vorgeschlagen worden. Nach dem geltenden Recht hat jeder Kassenpatient das Recht, bei Zahnkrankheiten die Behandlung durch einen Arzt zu fordern. Von diesem Rechte machen aber die Kassenmitglieder nur in sehr seltenen Fällen Gebrauch. Meistens haben die Krankenkassen auch mit tüchtigen Zahntechnikern Verträge abgeschlossen. In den meisten Fällen, d. h. bei den gewöhnlichen Beschwerden gehen die Kassenmitglieder zum Zahntechniker. Die Regierungsvorlage wollte diese Bestimmungen dahin ändern, daß nur dort Zahntechniker zur Behandlung der Kassenmitglieder zugelassen würden, wo nicht genug Zahnärzte sich unter angemessenen Bedingungen zur Behandlung der Kassenmitglieder bereit erklärten. Wenn diese Bestimmung angenommen worden wäre, hätten in den meisten Städten die Zahnärzte ein Monopol auf die Behandlung der Kassenmitglieder gehabt; und dann würden auch die Zahnärzte eine immer höhere Bezahlung verlangt und die Kassen dadurch aufs äußerste belastet haben. Aus diesem Grunde erhoben die Sozialdemokraten Einspruch gegen die vorgeschlagene Aenderung der bestehenden Bestimmungen. Die Kommission beschloß denn auch in der ersten Lesung, die von der Regierung vorgeschlagene Beschränkung in der Zulassung der Zahntechniker zu streichen. Dagegen wurde der obersten Verwaltungsbehörde die Befugnis erteilt, zu bestimmen, welchen Anforderungen diejenigen Personen entsprechen müssen, die als Zahntechniker zur Behandlung der Kassenmitglieder zugelassen werden können. In der zweiten Lesung kamen die Nationalliberalen und das Zentrum mit dem Vorschlag, die Beschränkung aus der Regierungsvorlage wieder in den Entwurf zu übernehmen. Es gelang jedoch den Sozialdemokraten, diese Verschlechterung zu verhindern. Die Bestimmung geht jetzt dahin, daß die Zahntechniker zwar unbeschränkt zugelassen sind, jedoch der Kassenpatient nicht gezwungen werden darf, zu einem Zahntechniker zu gehen, vielmehr das Recht hat, die Behandlung durch einen Zahnarzt zu verlangen. Außerdem ist es dabei geblieben, daß die

oberste Verwaltungsbehörde durch eine angemessene Verordnung solche Zahntechniker von der Kassenpraxis ausschließen kann, denen es an der nötigen Vorbildung fehlt.

Adressen-Änderungen.

1. Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis der Auskuntterteiler (siehe Graph. Presse Nr. 4).
- Buchholz i. S.:** Friedr. Schmidt, Katharinenstr. 4.
Ebersbach i. S.: Alfr. Keller, Neugersdorf i. S., Hohestr. 163 B.
Emmerich a. Rh.: Otto Sakar, Heerenbergerstraße 24.
Freiburg i. Bad.: H. Meinert, Schwarzwaldstraße 119.
Gleiwitz i. O.-S.: Herm. Bartels, Kronprinzenstr. 1.
Glogau i. Schl.: Walter Itzinger, Langestr. 911.
Herford i. W.: D. Schlüter, Heilerweg 1.
Hildesheim: Gust. Klare, Dammstr. 4.
Hof-Göhlenau: Felix Kiewitz, Hof-Göhlenau b. Friedland, Bez. Breslau bei W. Rieger.
Kattowitz O.-S.: Paul Biehn, Augustastr. 1.
Lüneburg: Rob. Perthel, Untere Schranzenstr. 3.
Ludwigsburg i. Württ.: Karl Trogler, Gartenstraße 14.
Mülhausen i. E.: Emil Reiser, Amselstr. 5.
Nürnberg-Lithogr.: Og. Stahr, äuß. Bayreutherstraße 36.
Nürnberg-Chemigr. u. Lichtdr.: Max Einbock, Werderstraße 26 II.
Plauen i. V.: Alfr. Müller, Wettinstr. 28.
Indien: Willy Volandt, O. The Bolton fine art litho works, Tardeo Bombay, Brit. Indien.
Rumänien: N. Feldmann, Bukarest, Calea-Plevna 74.



Allgemeines.

Teil für die
gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Der Meistergeselle.

V.

Die Gesellenprüfung.

Die Bestimmungen über die Gesellenprüfung sind in dem Gesetze über den kleinen Befähigungsnachweis vom 30. Mai 1908 der alten Gewerbeordnung gegenüber sachlich nicht geändert worden. Der erste Absatz des Paragraphen 131c hat nur eine Umstellung in der Satzfolge erfahren, so daß dieser Absatz jetzt wie folgt lautet: »Der Lehrling soll sich nach Ablauf der Lehrzeit der Gesellenprüfung unterziehen. Die Innung und der Lehrherr sollen ihn dazu anhalten.« Die Gesetzgeber haben es nämlich als moralisch wertvoll gehalten, die Verpflichtung des Lehrlings zur Ablegung der Prüfung voranzustellen, die Verpflichtung des Lehrherrn, ihn dazu anzuhalten, erst an zweiter Stelle auszusprechen.

Die Bestimmungen über die Lehrlingsprüfung in der alten Gewerbeordnung haben aber jetzt insofern eine größere Bedeutung erlangt, als nach dem neuen Gesetze (nach Ablauf der fünfjährigen Uebergangszeit) in der Regel nur noch solche Personen zur Meisterprüfung zugelassen werden, die die Gesellenprüfung abgelegt haben. Nach dem älteren Innungs- und Handwerker-Gesetz wurde die Zulassung zur Meisterprüfung nicht an diese Bedingung geknüpft.

Um allen Mißverständnissen vorzubeugen, sei hier gleich ausdrücklich betont, daß der Lehrling, der in einem Handwerksbetriebe lernt, nicht gezwungen ist, nach Ablauf seiner Lehrzeit eine Gesellenprüfung abzulegen. Es handelt sich in dem Gesetze beziehentlich der Gesellenprüfung nur um eine *Sollvorschrift* und nicht um eine *Mußvorschrift*. Der Handwerkslehrling braucht also keine Gesellenprüfung abzulegen, wenn er nicht will. Die Innung und der Lehrmeister können ihn nicht zu der Erfüllung dieser Obliegenheit zwingen.

Der Fabriklehrling wird selbstverständlich von dieser Bestimmung überhaupt nicht berührt.

Diese Einrichtung der Gesellenprüfung im Handwerke ist natürlich auch wieder nur ein Schausstück ohne jeden Nutzen für das Fachgewerbe. Leider wird diese Tatsache von den Arbeitern nicht allgemein erkannt. Einzelne Gewerkschafter sind von diesem Akt der Handwerksretterei sogar sehr begeistert. Ließ sich doch zum Beispiel neulich der Korrespondent der Buchdrucker zu dieser Gesetzesbestimmung

wie folgt vernehmen: »Mit der Einrichtung dieser Prüfung wird ohne Zweifel ein heilsamer Zwang auf das Maß des Fleißes und der Ausdauer des Lernenden ausgeübt.«

Daß dieses Urteil des Korrespondenten grundverkehrt ist, wird wohl jedem klardenkenden Arbeiter ohne weiteres einleuchten!

Es kann schon gar nicht zugegeben werden, daß ein solcher »heilsamer Zwang auf das Maß des Fleißes und der Ausdauer des Lernenden« notwendig sei. Daß das Maß des Fleißes des Lernenden möglichst groß werde, dafür sorgt ja schon mit allen möglichen Mitteln der Lehrlingszüchter aus reinem Ausbeuterinteresse. Die Gesellenprüfung als Mittel zur Steigerung des Fleißes des Lehrlings ist also überflüssig! Und schließlich hat ja auch ohnehin jeder normal veranlagte Lehrling den Trieb zum Lernen in sich. Wo dieser natürliche Trieb bei einem Lehrling ausnahmsweise wirklich einmal fehlt, da wird er aber sicher gar bald geweckt, durch die Einwirkung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Erkenntnis, daß man ohne die Aneignung ausreichender Fachkenntnisse heute in seinem Berufe nicht mehr fortkommen kann, bleibt sogar dem Trägen und Gleichgültigen nicht verschlossen. Und wo bei einem Lehrling selbst diese Erkenntnis nicht den nötigen Lerneifer erzeugen sollte, dort müßte der Hinweis auf die Gesellenprüfung erst recht wirkungslos bleiben, und dies um so mehr, da ja zur Ablegung der Gesellenprüfung niemand gezwungen werden kann.

Um der Gesellenprüfung, dieser in verkrüppelter Form wieder aufgelebten alten Zunft-einrichtung, aus gewissen Gründen mehr Beachtung und Bedeutung zu verschaffen, wurde in einzelnen Gewerben von verschiedenen »menschenfreundlichen« Scharfmachern ange-regt, daß das Unternehmertum künftig nur noch solche Gehilfen einstellen solle, die die Gesellenprüfung bestanden. Auch von sogenannten tarifreuen Buchdruckerei-Unternehmern wird dieser Gedanke in letzter Zeit sehr stark propagiert. Was man damit bezwecken will, ist klar: man will einestells einem möglichen Mangel an Meistergesellen (stellvertretenden Lehrlingszüchtern) vorbeugen und andernteils die Anschauung verallgemeinern, daß an einer schlechten Ausbildung immer der Gehilfe selbst die Schuld trüge und nicht der Ausbeuter.

Merkwürdigerweise finden diese nur zu durchsichtigeren Pläne »arbeiterfreundlicher« Buchdruckerei-Unternehmer auch bei organisierten Buchdruckergehilfen Anklang. Von organisierten Buchdruckergehilfen wurde nämlich schon allen Ernstes das Ansuchen an den Buchdruckerverband gestellt, nur noch solche neu-ausgelernte Gehilfen als Mitglieder aufzunehmen, die die Gesellenprüfung mit Erfolg bestanden haben. Und wenn diesem Ansuchen von der zuständigen Stelle noch nicht stattgegeben worden ist, so geschah dies nicht etwa deshalb, weil eine solche Maßnahme nicht mit den Prinzipien einer modernen Gewerkschaft zu vereinbaren sei, sondern lediglich wegen der Hindernisse, die der praktischen Durchführung einer solchen Anregung in der Gestaltung des Buchdruck-gewerbes entgegenstehen. Die Buchdruckereien fallen doch nur zum Teil unter den Begriff Handwerk. Und der kleine Befähigungsnachweis bezieht sich ja nur auf die Handwerksbetriebe und nicht auch auf die Fabrikbetriebe. Wörtlich heißt es darüber im Korrespondenten der Buchdrucker:

»Wenn es auch verständlich erscheint, dem Verbands beruflich unfähige Elemente möglichst fernzuhalten, so werden sich der Realisierung von Absichten in der gewünschten Richtung doch mancherlei Hemmnisse in den Weg stellen, die zum Teil in den Bestimmungen der Gewerbeordnung selbst ihre Ursache haben. Es ist z. B. unmöglich, zwischen den in Fabrik- und den in Handwerksbetrieben auslernenden Lehrlingen einen Unterschied zu machen und dadurch zwei Kategorien von Auslernenden zu schaffen. Die letzte Gauvorsteherkonferenz hat infolgedessen das Verlangen, die Aufnahme in

den Verband von dem Bestehen der Gehilfenprüfung abhängig zu machen, als unzulässig bezeichnet.«

Von jedem erfahrenen und klardenkenden Gewerkschafter werden natürlich diese engherzigen, zünftlerischen Ansichten, die hier vertreten werden, verurteilt und zwar schon aus Gründen der Zweckmäßigkeit. Es ist eine Erfahrungssache, daß sich eine Gewerkschaft nur selbst schädigt, wenn sie den mindertüchtigen Berufsgenossen die Aufnahme verweigert; denn die von der Gewerkschaft Abgewiesenen werden ja dann geradezu zur Lohndrückerei und Streikbrecherei gezwungen. Eine Gewerkschaft muß sich im Gegenteil dieser in der Berufsbildung zurückgebliebenen Arbeitsgenossen besonders annehmen; das ist nicht nur ein Gebot der Zweckmäßigkeit, sondern auch der Menschlichkeit. Das ist doch offenkundig, daß die so genannten »beruflich unfähigen Elemente« in der Regel nicht selbst die Schuld an ihrer schlechten Berufsausbildung tragen, sondern die gewissenlosen Lehrlingszüchter, die gewinn-süchtigen Ausbeuter. Wir begingen ja geradezu ein Verbrechen, wollten wir diese armselige Opfer einer schamlosen Lehrlingszucht noch obendrein aus der Gemeinschaft der organisierten Arbeiterschaft ausschließen und ächten. Nur ein borniertes Zünftlertum kann so etwas anregen, daß man Arbeiter deshalb bestrafen will sie das Unglück hatten, statt ausgebildet nur ausgebeutet zu werden.

Wollte sich aber dennoch eine Gewerkschaft zu dem bornierten Zünftlertum verstehen die »beruflich unfähigen Elemente« von sich fernzuhalten, statt sie zu sich heranzuziehen und auszubilden, dann wäre die von den Innungen und Handwerkskammern betriebene Gesellenprüfung sicher der schlechteste Schutzwall dagegen!

Der Streik in der Akt.-Ges. für Kunstdruck in Niedersiedlitz.

Es erweist sich als eine Notwendigkeit, die Kollegenschaft von den Differenzen in der genannten Firma etwas eingehender zu unterrichten, denn wie in diesem Kampfe von der Geschäftsleitung oder richtiger vom Macher des Ganzen, Herrn Oehl-schläger, mit der Wahrheit operiert wird, kann es bald nicht wieder erreicht werden.

In den Kündigungsschreiben der 31 Kollegen an die Firma steht am Schlusse wörtlich: »... und treten nach Ablauf der 14tägigen Kündigungsfrist in den Streik ein.« — Wie macht es nun Herr Oehlschläger? In den Engagementsbriefen der Firma, die uns von verschiedenen Kollegen in wohl-wollender Weise zugesandt wurden, heißt es: »Von unseren 230 Leuten haben 31 gekündigt, weil wir ihnen die verlangte Lohnzulage des ungünstigen Geschäftsganges halber nicht gewähren konnten.« Unter den 230 Leuten versteht man das Gesamt-personal, also Handlungsgehilfen, Hilfsarbeiter, Buchbinder und Kartonagenarbeiter. Daß die Schrift-lithographen und Drucker einmütig in den Streik getreten sind, wird wohlweislich verschwiegen. Kollegen, die wir von dem wahren Sachverhalt unterrichtet, versicherten uns, daß sie auf keinen Fall nach Niedersiedlitz gekommen wären, wenn sie diesen gekannt hätten.

In der hiesigen Lokalpresse erschien unlängst eine Notiz über den Streik, in der u. a. gesagt wurde, daß die Fabrikleitung alle Stellen neu be-setzt habe; auch hätte der Verband den Streik nicht im vollen Umfange für berechtigt erklärt. Weiter wurde gesagt, daß die Streikenden auf Ver-besserungen im Betrieb hinstreben und Forderung auf Einrichtung von Erbräumen u. dergl. gestellt hätten. Dies alles sind direkte Unwahrheiten. Selbstverständlich verlangten wir auf Grund des Preßgesetzes eine Richtigstellung, in der wahr-heitsgemäß gesagt werden mußte, daß von den 31 freigewordenen Stellen der Streikenden nur 9 be-setzt sind (inzwischen sind es allerdings noch einige mehr geworden), daß nur mit Genehmigung des Hauptvorstandes in den Streik getreten werden kann und daß die Behauptung, die Streikenden hätten auf Verbesserungen im Betriebe, Erbräume usw. hingestreb, vollständig aus der Luft gegriffen sei.

Aber es kam noch besser. Damit das übrige Personal, besonders die Hilfsarbeiter, den Streikenden nicht ihre Sympathie zuwenden sollten, wurden falsche Gerüchte ausgesprengt. Der Kommission wurde in den Mund gelegt, bei einer Verhandlung zur Geschäftsleitung gesagt zu haben: »Sie können doch den Druckern eine Zulage gewähren; den entstehenden Ausfall könnte man dadurch decken, daß man den Hilfsarbeitern die Ferien entzieht.« Wir können hier nur erklären, daß dies eine böswillige Verleumdung ist. So fährt also die Firma,

die sich früher immer ihrer Arbeiterfreundlichkeit rühmte, den Kampf, ganz nach dem jesuitischen Grundsatz: Der Zweck heiligt die Mittel! Man befürchtete nämlich, daß die Hilfsarbeiter mit in den Streik treten könnten. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit wird das gesamte Personal im Arbeitsraum versammelt, wo dann Herr Oehlschläger seine Ueberredungskünste spielen läßt, um das Hilfspersonal von seiner väterlichen Fürsorge zu überzeugen. Unlängst war eine Versammlung für die Hilfsarbeiter anberaumt, wo über den Stand der Bewegung referiert werden sollte; hiervon bekam die Geschäftsleitung Wind. Kurz vor Arbeitsschluss wurden die Hilfsarbeiter im Maschinensaal versammelt, wo ihnen mitgeteilt wurde, daß die älteren von diesem Tage ab eine Zulage von 50 Pf. und 1 Mk. erhalten sollten, den anderen versprochen eine Aufbesserung vom 1. Februar ab. Der damit verfolgte Zweck ist so offensichtlich, daß man keine Worte darüber verlieren sollte. Man wollte die Hilfsarbeiter von der Versammlung fern halten. Auch wurden von der Geschäftsleitung Posten aufgestellt, die aufpassen sollten, wer von dem Hilfspersonal in das Versammlungslokal gehen würde.

Doch auch im Kampfe selbst hat es an kleinen Schikanen von Seiten der Geschäftsleitung nicht gefehlt. Man hat sogar Streikende, die in anständiger Weise Arbeitswillige ansprachen, also nur von ihrem gesetzlich zugestandenen Recht Gebrauch machen, mit Anzeigen wegen Belästigung und Beleidigung bedacht. Polizeistrafen wurden verhängt, unsere Posten suchte man von den Bahnhöfen zu verweisen, alles auf Betreiben der Geschäftsleitung, deren „Arbeiterfreundlichkeit“ wir an anderer Stelle schon hervorgehoben haben.

Nun noch ein paar Worte über die Herren Arbeitswilligen. Diese wurden unter polizeilicher Bedeckung per Kutsche vom Bahnhof abgeholt. Sonntags werden sie von Herrn Oehlschläger ausgeführt; er besucht mit ihnen Theater und Balllokale. Diese Herren sind im Fabrikgebäude Quartier; auch werden sie in der Fabrik beköstigt. Glaubt denn die Firma, daß sie mit diesen braven Personen ihr wohleingerichtetes Personal ersetzen kann? Glaubt sie mit Leuten, die alles andere nur keine Drucker sind, den guten Ruf ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten? Die Zeit wird es lehren, denn die Streikenden sind sich bewußt, daß hier nur Ausdauer zum Ziele führen kann.

Unsere Kollegen wird es interessieren, die Arbeitswilligen, die bei der Firma Rausenbergsdienstleistungen verrichten, kennen zu lernen. Als Maschinenmeister produzieren sich Georg Pilz und Heinrich Schneider aus Schlettau — beide bemühen sich auch, den hiesigen Arbeitswilligen Konkurrenz zu machen —, Hugo Wieschugel aus Solingen, Alex. Weber aus Altenburg und Fritz Mende aus Berlin; als Umdrucker Peter Leberecht aus Brandenburg, Oskar Rohring aus Berlin, Paul Weiß aus Posen und Georg Horn, angeblich aus Leipzig; als Umdrucker Gustav Müller aus Jena und Hugo Klarre aus Berlin; als Lithographen Georg Webers aus Niedersieditz (stehengeblieben), Max Miersch aus Bautzen und Max Köhler. Mancher von den Genannten wird den Kollegen schon von früher her bekannt sein. Die Namen einiger anderen, die die Galeeren erst vor einigen Tagen bezogen haben, konnten wir noch nicht feststellen. Trotz dieser Leute, die ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken fielen, werden letztere mit aller Kraft den Sieg zu erkämpfen suchen.

Ortsberichte.

Dessau. In unserer Generalversammlung vom 21. Januar wurde zunächst der Jahresbericht erstattet, aus dem folgendes hervorzuhoben ist: Es fanden 13 Vollversammlungen und 6 Spezialversammlungen der Formstecher und eine der Cnemigraphen statt. Der Mitgliederbestand beträgt 35 Graphen (inzwischen ist er auf 40 gestiegen); davon nahmen durchschnittlich 67 Proz. an den Versammlungen teil. In 5 Vollversammlungen wurden von Leipziger und hiesigen Referenten Vorträge gehalten, und zwar zwei über Versicherungswesen und je einer über die Geschichte des Benetfeldbundes, über Schopenhauer und seine Philosophie und über den neuen Zuchttauskurs. Außerdem wurden mit den anderen Gewerkschaften gemeinsam gesellige Zusammenkünfte und Besichtigungen veranstaltet. Die Jahreseinnahme der Mitgliedschaft betrug 2589,25 Mk., die Jahresausgabe 1028,79 Mk. Die Lehrlingskommission konnte nicht viel Erfreuliches berichten. In dieser Hinsicht sind wir nicht auf der Höhe. Die Schuld liegt an den örtlichen Verhältnissen und an den in vieler Beziehung beschränkten Möglichkeiten der Wirksamkeit einer so kleinen Zahlstelle. Der Lehrlingsabteilung gehörten im Jahresanfang 11 und am Jahresabschluss infolge eines Uebertritts zum Verband und eines freiwilligen Abgangs zum Militär 9 Mitglieder an. Die Lehrlingsmitglieder können von jetzt ab alle Veranstaltungen des hiesigen Arbeiterbildungsausschusses unentgeltlich besuchen. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt.

Schweidnitz. Die am 29. Januar abgehaltene Generalversammlung hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen, waren doch außer den ortsanässigen Kollegen auch die Mitglieder aus Glatz und Liegnitz erschienen. Die Jahresberichte des

Vorsitzenden und des Kassierers zeigten so recht die im verflochtenen Jahre geleistete Arbeit. Leider mußten im Laufe des Jahres einige Kollegen wegen Beitragsresten ausgeschlossen werden. Mit Freuden wurde es begrüßt, als ein in der Versammlung anwesender Nichtorganisierter seinen Eintritt erklärte. Die Neuwahl der Verwaltung ergab vollständige Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder. Die Kollegen sprachen ihre Verwunderung aus über die Anordnung des Hauptvorstandes, nach welcher nicht jedes Mitglied wie bisher ein Protokoll der Generalversammlung unentgeltlich erhält. (Diese Verordnung ist nicht neu, wie die Schweidnitzer Kollegen anzunehmen scheinen, denn auch die Protokolle der Münchener Generalversammlung wurden nur gegen Entgelt abgegeben. D. Red.) Auch war die bisherige Tätigkeit einzelner Arbeitsnachweise nicht dazu angetan, das Vertrauen der Kollegen zu erringen. Kommt es doch vor, daß sich meldende Kollegen oder Verwaltungen nicht einmal Antwort erhalten, was doch unbedingt nötig wäre, damit jeder unterrichtet ist, ob er Aussicht hat, untergebracht zu werden. Auf diese Weise ist es auch erklärlich, daß mancher Kollege das Inserieren dem Melden beim Arbeitsnachweise vorzieht. Wunsch aller Kollegen ist es das hierin bald eine Wendung zum Besseren eintreten möge. Mit einem dreifachen Hoch an den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.
Redigiert von Fr. Schuetter, Hannover.

Die Chromolithographie.

Zu der Annahme, daß die Gummidruck-Rotationspresse deshalb zuerst in Amerika in unserm Berufe Eingang gefunden habe, weil die amerikanischen Steindruckerei-Unternehmer mehr für den technischen Fortschritt eingekommen seien als ihre deutschen Kollegen, kann nur der gelangen, der die Erscheinungen im Wirtschaftsleben recht oberflächlich betrachtet. Wer aber dem ursächlichen Zusammenhang der Vorgänge nachspürt, der wird gar bald herausfinden, daß sich in Amerika diese technische Neuerung in unserm Berufe darum so schnell durchführte, weil dort die wirtschaftliche Entwicklung die Voraussetzungen dazu schon seit langem in dem nötigen Maße geschaffen hatte.

Die Lehre der bürgerlichen Oekonomie, daß der technische Fortschritt durch das idealistische Streben des kapitalistischen Unternehmers gezeugt werde, ist durchaus falsch. Es waren immer nur rein materielle Beweggründe, die einen Unternehmer bestimmten, arbeitssparende Maschinen einzuführen. Wäre es anders gewesen, dann hätten es die Unternehmer nicht stets ruhig hingelassen, daß diese Neuerungen in der Regel eine Schädigung der Arbeiterschaft bedeuteten.

Wenn sich der Unternehmer zu der Einführung einer neuen kostspieligen Maschine versteht, so folgt er dabei auch niemals seinem eigenen Willen, sondern immer einem wirtschaftlichen Zwange, dem Zwange, seine Wettbewerbsfähigkeit durch eine Verwohlfeilerung seiner Erzeugnisse zu steigern. Dieser Zweck kann durch die Einführung einer neuen oder verbesserten Maschine aber nur dann erreicht werden, wenn die Herstellung dieser neuen oder verbesserten Maschine weniger Arbeit kostet als ihre Anwendung Arbeit ersetzt. Der Preis der Maschine darf also nicht so hoch sein als der Preis der Arbeitskraft, die sie während der Dauer ihrer Anwendung und Vernutzung erspart. Ist diese Voraussetzung nicht gegeben, dann unterbleibt eben die Einführung einer verbesserten Maschine, und möge diese Maschine in technischer und volkswirtschaftlicher Hinsicht einen noch so großen Fortschritt bedeuten. Wenn sich also ein Unternehmer zu der Einführung einer solchen Neuerung nicht entschließt, so tut er es nicht, weil er zu konservativ gesinnt ist, sondern weil für ihn kein wirtschaftliches Bedürfnis, kein äußerer Zwang vorliegt.

Nur die Aussicht, Arbeitskraft zu ersparen, nur das Zwangsmittel der Konkurrenz ist für den Kapitalisten für die Einführung einer neuen Maschine bestimmend. Weil es so ist, darum sehen wir denn auch, daß heute mitunter Maschinen, die sich in einem Lande vorteilhaft erweisen, in einem andern nicht zur Anwendung kommen. In Amerika wendet man zum Beispiel zum Steinklopfen Maschinen an, in Deutschland dagegen sehr selten, weil hier der Proletarier, der die Steine mit der Hand klopft, einen solch niedrigen Lohn erhält, daß Maschinen das Steinklopfen für den Kapitalisten nur verteuern würden.

Niedrige Löhne hemmen also den technischen Fortschritt, sie sind geradezu ein Hindernis für die Einführung von Maschinen!

Es sei also nochmals betont: nur die Differenz zwischen dem Wert der Maschine und dem Gesamtwert der von ihr während ihrer Gebrauchsdauer und ihres Verschleißes ersetzten Arbeitskraft ist für den Unternehmer bestimmend, ob er die Maschine in seinem Betriebe einführt oder nicht. In den einzelnen Ländern ist aber der Stand der Arbeiterlöhne sehr verschieden. Und da der Stand des Preises der Arbeitskraft mitbestimmend ist für die Größe der Summe der Arbeitskosten, die durch die Anwendung einer Maschine erspart wird, so ist auch in den einzelnen Ländern für den Unternehmer der Grad der Vorteilhaftigkeit in der Anwendung einer bestimmten Maschine sehr verschieden. *Beachten wir diese Tatsache, so haben wir sofort die Erklärung dafür, warum die Rotationspressen im amerikanischen Steindruckgewerbe früher eindringen konnten als im deutschen.*

Wir wissen, daß die Löhne in unserm Berufe in Amerika mehr als doppelt so hoch sind als in Deutschland. Der Preis der Gummidruck-Rotationspresse dagegen wird möglicherweise dort noch niedriger sein als bei uns. Damit steigert sich für Amerika gewaltig die Differenz zwischen den Anschaffungskosten dieser Maschine und den Kosten der Arbeitskraft, die sie während der Dauer ihrer Anwendung und ihres Verbrauchs erspart. Und je höher die Löhne unser dortigen Kollegen steigen, desto höher steigert sich diese Differenz und damit auch gleichzeitig der Anreiz, sich der Gummidruck-Rotationspresse zu bedienen. Wenn man dazu noch bedenkt, daß die amerikanischen Steindruckerei-Unternehmer gegenüber der machtvollen Konkurrenz des mit sehr niedrigen Löhnen arbeitenden deutschen Steindruckgewerbes immer sehr zu kämpfen hatten, dann braucht man sich wirklich nicht darüber zu wundern, daß sie sich zur Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit diese sehr vorteilhafte Rotationspresse dienlich machten.

Aber noch ein weiterer Faktor zwang die amerikanischen Steindruckerei-Unternehmer, sich mit dem Prinzip des Rotationsdruckes näher zu befassen, nämlich das gewaltige Wachstum des Bedürfnisses der amerikanischen Großindustrie an kaufmännischen Drucksachen. Die Ansprüche, die die amerikanische Großindustrie an das dortige Druckgewerbe in Beziehung auf die Lieferung von Massenaufgaben und die Abkürzung der Lieferungsfristen stellte, wurden immer größer und größer. Diesen wachsenden Ansprüchen zu genügen, dazu war aber das amerikanische Steindruckgewerbe bei der Anwendung der gewöhnlichen Schnellpressen nicht mehr imstande. Wollten die Steindruckereibesitzer nicht, daß diese Massenaufgaben an kaufmännischen Drucksachen sämtlich dem zwar schlechter, aber doch viel, viel schneller und billiger arbeitenden Buchdruckgewerbe zuflossen, so mußten sie ein schnelleres Druckverfahren einführen. Die treibende Kraft lag also auch hier wieder in der Konkurrenz.

Im modernen Wirtschaftsleben treibt aber immer ein Keil den andern. Infolge seiner sehr billigen Löhne hat bisher das deutsche Steindruckgewerbe noch keine Notwendigkeit empfunden, sich mit der Einführung verbesserter arbeitssparender Maschinen zu befassen. Will es aber nun seiner Konkurrenz gegenüber, nachdem sich diese in Amerika und auch in England durch große Umwälzungen in der Technik des Drucks erheblich gestärkt hat, nicht von seiner alten Ueberlegenheit einbüßen, so wird es sich wohl oder übel zu den gleichen Maßnahmen bequemen müssen. Zudem können sich infolge unserer intensiven Gewerkschaftstätigkeit auch unsere Unternehmer nicht ewig auf den für sie so günstigen niedrigen Lohnstand stützen. Die Veränderungen des Lohnstandes zu unseren Gunsten steigern auch in Deutschland für den Unternehmer immer mehr die Vorteilhaftigkeit der Anwendung der schneller druckenden Gummidruck-Rotationspresse. Und weiter stellt auch unsere Großindustrie beziehentlich der Abkürzung der Lieferungsfristen immer größere Anforderungen, so daß auch aus diesem Grunde schon der Uebergang vom Flachdruck zum Rotationsdruck dringlicher wird.

Der Steindruck.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendrucker.

Internes aus der Anstalt eines Schutzverbandsgenerals.

Es wird den Kollegen aufgefallen sein, daß die Firma Hyl & Klein wieder einmal eine Serie Annoncen im Druckerei-Anzeiger erscheinen läßt. Deshalb sehen wir uns veranlaßt, einige Internas aus dieser Kunstanstalt zu veröffentlichen.

Schon vor sieben Uhr morgens steht der Türschließer bereit, um mit dem Glockenzeichen die Tür abzuschließen. Wer sie noch nicht passiert hat, muß an Herrn Klein vorbeidelfieren. Ebenso ist es mittags. Oft kommt es vor, daß die Geschäftshür mit der richtigen Zeit differiert, wodurch das Zuspätkommen verursacht wird. Dessen ungeachtet aber wurde gerade das unpünktliche Kommen als hauptsächlichster Grund für die ablehnende Haltung in der Ferienfrage von der Firma geltend gemacht. Während der Arbeitszeit ist alles sicher verschlossen. Frühstück und Vesper darf nicht geholt werden.

Betritt man nun die Arbeitsräume, zunächst die Umdruckerei, so fällt auf, daß trotz der vielen Fenster fortwährend Dämmerlicht herrscht. An einer Seite fährt die Schwebbahn vorüber. Die Kollegen behaupten, daß man sie durch diese Fenster nicht erkennen kann. Das Fensterreinigen kostet ja Geld, ergo unterläßt man es. Nicht viel besser ergeht es dem Fußboden. Will ein Umdruker einen Umdruck von dem gewöhnlichen Format durchziehen, so muß er mit dem aufgesteckten Umdruck eine Treppe herunter und bei jedem Weiter über den Hof in den Raum, wo die Abziehpresse steht. In diesem befindet sich die Fertigmacherei und einige Schnellpressen, darunter eine Rotary außer Betrieb. Diese findet nur Verwendung in Empfehlungsschreiben und bei Kalkulationen. Der Winkel, wo die Steine fertiggemacht werden, gleicht einer Schmiede. Dicke Dampfrohre, Riemen und Transmissionen von innen und Baracken zum Aufbewahren der Steine von außen versperrten dem Tageslicht den Eintritt durchs Fenster. Unheimliche schwarze Wände verdüstern das Bild im übrigen. In der Buchdruckerei wird jährlich nach gesetzlicher Vorschrift geweißt, warum nicht hier? Der Fußboden, der möglichst jedes Vierteljahr einmal gereinigt wird, ist belegt mit einer mehrere Zentimeter dicken Kruste aus Papier, Kolophonium, Aetze und dergl. Da der Bock, auf dem fertiggemacht wird, so klein ist, daß die Steine an drei Seiten überstehen, so entsteht durch die herabfließende Aetze und das Wasser oft solcher Morast, daß man in Gefahr gerät, hängen zu bleiben. Im übrigen versperrt noch Papierstöbe und Ballen den Zugang, so daß man nur mit Mühe und Geschick die Steine durchbalanzieren kann. Letztere werden infolge Platzmangels direkt an die Dampfheizung geleitet. Ein Maschinenaal befindet sich wieder im Seitengebäude. Da es an Schleifern oder sonstigem Hilfspersonal mangelt, müssen die Maschinenmeister ihre Steine selbst über den Hof transportieren. Zwei Schleifer sind nur da bei etwa 10 Umdruckern; und diese 2 Schleifer sollen auch noch andere Arbeiten verrichten. Wie da die Steine geschliffen sind, können sich die Kollegen selbst ausmalen. Alle Reklamationen nützen nichts oder nicht viel. Da es an Ventilation mangelt, sorgen zwei Bionzemaschinen dafür, daß die Luft wenigstens — goldig ist. Oft müssen auch die Bogen nachgestaubt werden, ebenfalls im Maschinenaal. Da auch außerhalb der Arbeitszeit nicht einmal gelüftet wird, ist die Atmosphäre oft unerträglich. Kommt noch hinzu, daß infolge undichter Leitung die Luft mit Gas geschwängert ist. Doch dies ist Sache der Gewerbeinspektion, wenn unhygienische Verhältnisse existieren, schrieb einst Herr Hyll an die hiesige Ortsverwaltung des Verbandes. Oder sollte weder er noch sein Kompagnon je etwas von diesen Verhältnissen kennen, trotz der täglich stattfindenden Konferenzen mit den »Oben«.

Diese Konferenzen finden immer im Privatkonzert und sind zu einem heilsamen Schreckmittel für die »Oben« geworden. Hier wird alles verhandelt, was vor sich geht. Oft finden die reinsten Fehmgerichte statt. Auch einzelne Arbeiter werden hier »bearbeitet«. Die Folgen machen sich auch im Betrieb bemerkbar. Hierzu kommt auch noch, daß ein fein ausgekugelt Dividendenwesen für die Abteilungleiter besteht. Mißtrauen im ganzen Geschäft, rücksichtsloses Arbeiten, Denunziationen! Die Lösung heißt, sich selbst rückenfrei halten und des Andern Fehler dem Unternehmer zu hinterbringen. Dabei eine Einteilung, die das durchpassende Räumlichkeiten erschwerte Arbeiten oft fast unmöglich macht. Ruhiges, stetes Arbeiten kennt man nicht; erst husch-husch und dann — warten! Hier ist der sogenannte Streifendruck üblich. Oft hat der Maschinenmeister sechs Farben nebeneinander auf einmal in der Maschine, oft auch Schwarz bei Fleischton oder ähnliche Zusammenstellungen. Auch kommt es vor, daß bei derselben Auflage beispielsweise erst Rot, Blau, Schwarz, Grün und mit dem nächsten Stein Blau, Schwarz, Rot, Grün usw. zu drucken ist.

Nicht viel besser wie beim Chromo- ist es beim Merkantildruck. Mit Wachstuch und mit glatten Walzen wird ein tadelloser Druck verlangt. Geht dies nicht, so ist der Umdruck schuid oder der Maschinenmeister. So wurde jetzt erst ein Kollege wegen »ungenügender Arbeit« gekündigt, der zwölf Jahre ausschließlich in dieser Firma merkanthle Arbeiten machte! Uebrigens, wie verhält es sich mit dem christlich-honorem Sinn des Herrn Klein, einen Arbeiter, der solange bei ihm beschäftigt ist, beim *Allwerden* rücksichtslos auf die Straße zu setzen? Ausgelegte und Rahmen sind hier böhmische Döfner. Nicht einmal Platz zum Umlegen der Drucke zwecks besseren Trocknens ist vorhanden. Sollte es aber einmal passieren, daß Drucksachen abgezogen haben, so ist der Drucker schuld, auch wenn die Makulatur etwas anklebt.

Infolge des vorhin schon angedeuteten Dividenden-systems haben die Oberdrucker die Eigenschaft, gemeinsam zu — sparen. So wurden auf Veranlassung des Obermaschinenmeistes sämtliche noch einigermaßen guten Farben durch die billigste Qualität ersetzt; doch von den Druckern wird verlangt, daß sie denselben Effekt wie beim Ausdruck erzielen, der meist in Privatlithographien mit den besten Farben hergestellt wurde. Auch die anderen Materialien, wie Wischwalzenstoff und anderes, werden dementsprechend knapp gehalten. Der Oberdrucker in der Umdruckerei möchte sogar den alten Wischlappen sehen, bevor er einen neuen gibt. Bei jeder Feder, die verlangt wird, wird Sparsamkeit gepredigt. So ließ auch die Firma einmal den Spruch: »Spare in der Zeit, so hast du in der Not!« an die Türen nageln. Jedentfalls meinte man damit die Materialien; das Geld konnte nicht gemeint sein, da bei dem in der Firma üblichen Löhnen (der Durchschnittslohn der Drucker beträgt 27,50 Mk.) Sparsamkeit schlechterdings unmöglich ist.

Welche Mittel der Oberdrucker Müller anwendet, um den Lehrlingen etwas beizubringen, beweist drastisch sein Ausspruch, mit dem er kürzlich einen Lehrling bedachte: »Wenn Du so weiter machst, fliegst Du sofort raus, wenn Du ausgelert hast!« Doch den Lehrlingen etwas zu zeigen, sie auf den Grund ihrer Fehler aufmerksam zu machen, hält er nicht für seine Pflicht. Trotz oder gerade wegen seiner unnützen Schimpfereien genießt er bei den Lehrlingen keinen Respekt. Wir zweifeln daran, daß diese unter solchen Umständen überhaupt etwas lernen, besonders da sie auch zu allerhand Hilfsarbeiten und Botengängen benutzt werden. Der gute Ton, in welchem Herr Müller mit den Gehilfen verkehrt, veranlaßt vor kurzem einen Kollegen, dem Herrn »Knigges Umgang mit Menschen« zu empfehlen.

In der Lithographie, die übrigens nicht groß ist, da sehr viel Arbeit von Privatlithographen gemacht wird, herrscht noch teilweise, besonders bei den Nichtverbindlichen, Akkordarbeit. Da passiert es, daß der eine die Arbeit um 50 und mehr Prozent höher als der andere abschätzt; sie wird dann zum geringsten Preise gemacht.

Wenn wir am Schluß noch betonen, daß die hauptsächlichste Arbeit des Geschäftsführers darin besteht, mit dem Notizkalender von einer Abteilung zur anderen zu wandern, so wird wohl jeder Kollege darauf bedacht sein, sich so schnell als möglich eine Stellung in dieser Kunstanstalt zu sichern. △

Eine angenehme Stellung.

Wer Frankfurt am Main noch nicht gesehen hat und nicht nur ein tüchtiger Maschinenmeister, sondern zugleich auch ein hervorragender Umdruker ist, kann in der genannten Stadt eine »dauernde« Position erhalten. Aber bescheiden muß er sein und auf die Wahrung seines Koalitionsrechtes darf er keinen Anspruch machen. Er braucht dann bloß im Druckereianzeiger zu annonciieren; binnen kurzer Zeit wird er eine Offerte von der Firma J. C. Berke & Co. in Frankfurt a. M. erhalten, die mit ihren Offertschreiben Reklame zu machen scheint, denn so mancher Kollege wird wohl schon mit ihren Stellenangeboten bedacht worden sein.

Freilich, wer einmal die Absicht hat, auf die Offerte einzugehen und eine Gastrolle in der Anstalt zu geben, muß sich vorerst noch eine andere Stellung suchen, damit er in der Zeit vom Empfang des Angebots bis zum Engagement nicht verhungert. Denn bevor die Korrespondenz der Firma endgültig zum Abschluß gelangt, kann es beträchtlich lange dauern.

In ihrem ersten Schreiben bittet die Firma in der Regel um Einsendung eines ausführlichen Berichts über die gesamte bisherige Tätigkeit, Zeugnisabschriften, Photographie, Angabe der Ansprüche und des Alters, Auskunft darüber, ob man ledig oder verheiratet ist, Aufgabe von Referenzen und Uebermittlung von Mustern selbstgefertigter Arbeiten. Hat man alle diese Wünsche erfüllt, dann fragt sie weiter an, ob man namentlich im Aufstecken und Fertigmachen großer Formate (82 × 110 cm) sehr flott und sicher sei, ebenso in Merkantildrucken, besonders Briefköpfen (4 und 8 auf dem Bogen). Sind auch diese Fragen zur Zufriedenheit geäußert, dann bewilligt die Firma großmütig ein Anfangsgehalt von 32 Mark wöchentlich. Dafür will sie einen »seltsamen Herrn« haben, der bei linker Arbeit absolut sicher ist in seinen Umdrucken und die Qualität der Erzeugnisse durch gute Umdrucke zu verbessern vermag. Außerdem stellt sie jetzt die weitere Anforderung, daß er auch große Formate dünnes Eukettenpapier verdrucken können muß, und zwar so, daß alles bei mehreren Farben gut paßt. Dabei benutzt sie die Gelegenheit, darüber zu klagen, daß sie bisher auch in den routiniertesten Maschinenmeistern Pech gehabt habe. Also wer das alles kann, d. h. wer ein erstklassiger Umdruker und Maschinenmeister ist, dem winkt dann für 32 Mark Wochenlohn bei wirklich günstigen Leistungen eine »durchaus angenehme und dauernde Lebensstellung«.

Aber das Engagement ist damit immer noch nicht abgeschlossen, denn durch ein neues Schreiben wird erst die Lösung der Frage verlangt, ob man einer Organisation angehöre und welcher. Dabei wird man darauf aufmerksam gemacht, daß die

Firma selbst keinem Verbands und keiner »Fraktion« angehöre, sondern sich nur der geschäftlichen Tätigkeit widme; sie beteilige sich an keiner Aussperrung und wünsche daher andererseits auch nicht, von einem Streik betroffen zu werden. Gleichzeitig wird man in schonender Weise darauf vorbereitet, daß Ueberstunden unter keinen Umständen verweigert werden dürfen, denn es würden dafür volle 10 Proz. Zuschlag bezahlt; eine Bezahlung der Feiertage finde nicht statt. Vor den Festen muß also der Schmachtriemen fester geschnallt werden, damit man während der Feiertage nicht ganz auf dem Trocknen sitzt. Sind alle diese Fragen geregelt, dann kann man nach 9- bis 10wöchigen brieflichen Verhandlungen schließlich mit dem Engagementsbrief der Firma beglückt werden.

Aber in diesem wird auch wieder eine neue Sache angeschnitten, denn die Firma hebt hervor, daß momentan schlechter Geschäftsgang sei. Sie wolle aber trotzdem einen Versuch machen unter der Bedingung, daß man sich mit einer 8tägigen Probezeit einverstanden erklärt, damit man erst sehen könne, ob es einem in dem Betriebe gefällt! Wer also viel Briefpapier, viel Geld zu Briefmarken, viel Zeit zum Warten und viel sonstige Glücksgüter hat, um eine stägige Reise nach Frankfurt a. M. unternehmen zu können, der möge sich mit der Firma J. C. Berke & Co. in Verbindung setzen. M.

Brief aus Saalfeld.

Vor ungefähr 12 Wochen wurden sämtliche Drucker der Firma August Jüttner ins Kontor gerufen. Jedentfalls mußte etwas Wichtiges vorliegen. Vielleicht hatte der Chef die Ueberzeugung gewonnen, daß mit den jetzigen Löhnen eine menschenwürdige Existenz unmöglich ist und wollte einsichtsvoll Abhilfe schaffen. Aber es kam anders und machte derartige naive Illusionen zu nichts.

Ein Faktor, ein Herr Pöhler aus Nürnberg wurde den Kollegen vorgestellt. Er soll jetzt die technische Leitung in die Hände nehmen. Nebenbei wurde noch versichert, daß er ein richtiger und tüchtiger Fachmann sei. Auch Herr Pöhler versicherte, die Gehilfen zu behandeln, wie es sich Männern gegenüber geziemt. Nun wußten wir, mit wem wir in Zukunft die Ehre hatten. Wer also in der Kunststadt Nürnberg einen ganz bescheidenen Oberposten versehen hat, wird in Saalfeld schon als Faktor gefeiert! Natürlich ist auch das Gehalt dementsprechend: nach unseren »hohen Löhnen« und Begriffen eine außerordentliche Summe! Wir gönnens natürlich jedem von Herzen, denn gebrauchen kann es jeder. Dadurch sind wir aber zu der Ueberzeugung gekommen, daß dort, wo das bloße Zusehen so gut bezahlt wird, auch der Wert der praktischen Arbeit genügend gewürdigt werden müsse. Am 1. November 1910 begann nun ein neues Wirken und Schaffen mit vereinten Kräften. Plakate in roter und schwarzer Schrift, strenge Strafen androhend, wurden angebracht, Lohnbeutel mit der »zeitgemäßen« Aufschrift »Vor-schuld und Strafe« wurden eingeführt, ebenso die Teilarbeit in der Umdruckerei. Die Putzlappen mußten der Putzwolle weichen. Der erste Maschinenmeister mußte gehen und andere werden ihm noch folgen. Lauter alte »Neuigkeiten«.

Wer als große Autorität gelten will, muß selbstverständlich schon gewisse Fertigkeiten besitzen, die aber noch nicht damit erwiesen sind, daß man alle anderen Berufsangehörigen, die doch auch etwas vom Fach verstehen, als minderwertige Kräfte hinstellt. Wir hätten uns auch gar nicht mit dem neuen Herrn befaßt, wenn er nicht die Stirn besessen hätte, sämtliche Kollegen, Lithographen (»Rindviecher san!«) wie Drucker als minderwertige Kräfte zu bezeichnen. Woher Herr Pöhler seine »außerordentlichen« Kenntnisse hat, ist uns unbekannt. Er soll zwar auch schon in England gewesen sein. Ob er dort seine Ausbildung als Faktor durchgemacht hat oder als »Artist« tätig war, darüber schweigt des Sängers Höflichkeit. Sein größtes Zugstück, die Tagesauflage für Abziehbilderbogen von 2000 auf 3000 zu erhöhen (ein Unterfangen, das jeder Fachkundige unter den gegebenen Verhältnissen für undurchführbar hält), scheint doch nicht so recht zu klappen. Für manchen ist eben die Theorie leichter als die Praxis. Ein guter Umdruck ist natürlich früher auch nicht gemacht worden; jetzt gehts aber schon einigermaßen. Daher wird man auch begreifen, warum der erste Umdruker an die Maschine gekommen ist.

Sollte der girroße Faktor vielleicht seine Hauptaufgabe nur im Antreiben erblicken — darin scheint er wirklich groß zu sein —, so können sich die Kollegen beruhigen, denn viel mehr wie bisher kann nicht herausgeschunden werden. Hat doch jeder das Bewußtsein in sich, immer seine Pflicht voll und ganz getan zu haben. Und mehr können die Kollegen eben auch in Zukunft nicht tun. Ist der Faktor mit unseren Kollegen nicht zufrieden, so haben wir gewiß alle Ursache, mit ihm erst recht nicht zufrieden zu sein; denn wer im Glashaus sitzt, soll nicht auf andere Steine werfen. I.

Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktions-photographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. -Drucker.

„V. d. Ch. 1911.“

Soweit es sich überhaupt verlohnt, auf das von den Gründern der Vereinigung in ihrer ersten Berliner Versammlung Gesagte einzugehen, wollen wir noch ein paar Worte verlieren.

Herr Friedemann hatte, wie er selbst sagte, nicht damit gerechnet, daß an der Versammlung auch Organisierte teilnehmen würden. Er kam darum mit seinem Referate mehrmals schwer in die Brüche, weil er vieles weglassen mußte, das wohl in dem kleinen Kreise Unorganisierter seine Wirkung nicht verfehlt, aber der Kritik und Richtigstellung der anwesenden Verbandsmitglieder nicht Stand gehalten hätte. Um die Richtigstellung seiner Ausführungen war es ihm aber ebensovienig zu tun, wie um Beweise dafür. Trotz mehrmaliger Aufforderung unterließ er es geflissentlich, auch nur den Schatten eines Beweises dafür zu erbringen, daß »Herrschaft und Egoismus der Führer« die Schaar, die er um sich sammeln will, aus dem Verbandsverbande getrieben habe. Die Behauptung aufzuteilen heißt aber überhaupt mit der Wahrheit Schindluder treiben. Denn purer Egoismus war bei dem größten Teile der außerhalb unserer Reihen stehenden Chemigraphen, besonders bei dem ausschließlichen Positivretuscheure umfassenden Grüppchen um Fr., der Grund zum Ausschluss oder Austritt aus dem Verbandsverbande. Hier mußten sich die Herren den von der Mehrheit der Kollegen als richtig anerkannten Bestimmungen über das Arbeitsverhältnis fügen. Sie konnten nicht in Verfolg ihrer egoistischen Triebe Ueberarbeit in Verfolg bis zum Erbrechen und Heimarbeit, wie es ihnen beliebte. »Nach uns die Sintflut« ist ihre Devise. Der Mangel an zuverlässigen Arbeitskräften wird ausgenutzt, und um ein paar Mark höheren Lohnes, um augenblicklicher Vorteile willen ihre eigene und der Kollegen Zukunft dem Zufall preisgegeben. Und dann wagt man noch mit dem Brustton unehrlicher Ueberzeugung von »Herrschaft und Egoismus der Führer« zu reden und zu verkünden: »Die Löhne haben wir uns selbst erungen, es sind keine Juddalöhne.« Sie sind es doch, trotz aller Beteuerungen des Herrn Friedemann und der Pfirufe seiner Getreuen!

Wie sieht es aber sonst mit den selbst errungenen besseren Verhältnissen in den gesperrten Anstalten aus, z. B. mit der Lehrlingskala? Nach der 1910 vom Tarifamt aufgenommenen Statistik betrug das Verhältnis der Zahl der Lehrlinge zu der der Gehilfen ca. 25 Prozent. Es kamen also im Durchschnitt auf 4 Gehilfen 1 Lehrling. In den nicht-tarifreuen Anstalten wurden dagegen 50 Prozent, auf 2 Gehilfen 1 Lehrling, gezählt. Vor einiger Zeit konnten wir in einer gesperrten Anstalt sogar feststellen, daß bei ca. 20 Gehilfen 14 Lehrlinge gehalten werden, das bedeutet auf 1,4 Gehilfen bereits 1 Lehrling. Gar nicht zu reden von den Mindestlöhnen, den Löhnen für weniger qualifizierte Arbeiter, der Ueberstundenbezahlung, der Ausbildung von Ueberläufern weit über den Bedarf an Arbeitskräften hinaus usw., alles Dinge, auf welche die Vereinigung keinen Einfluß ausüben kann und will. Denn sie will ja keine Kampforganisation sein; wollte sie es jedoch, nun so wäre das »Wohlwollen und die Sympathie der Prinzipale« bald zum Teufel! Das war sogar den Unorganisierten klar. Das Bestreben der Vereinigung geht darum, bewußt oder unbewußt, unzweideutig darauf hinaus, die bestehenden schlechteren Verhältnisse nicht nur zu erhalten, sondern den nichttarifreuen Unternehmern die weitere Verschlechterung durch planmäßige Vermittlung von Arbeitern noch zu erleichtern. Die armen Schemle, die den paar von egoistischen Motiven geleiteten Positivretuscheuren Gefolgschaft leisten, graben sich selbst das Wasser ab.

Ebensovienig wie eine Kampforganisation will aber die Vereinigung eine Streikbrecher- oder Hintzgardie sein. Das eine kann man zugeben, denn Siebenmonatäcker nach Hintz'schem Muster dürften sich in unserem Berufe wenige finden. Das andere zu verüben ist Fr. jedoch außerstande. Wenn die Vereinigung überhaupt Leben erhalten sollte, setzt sie sich doch nur aus solchen Elementen zusammen, die bei uns ausgespielt haben, weil sie in solchen Firmen Stellung annehmen, die entweder den Tarif nicht anerkennen, oder die wir wegen ihrer gewerbschädlichen Eigenschaften bekämpfen, oder in denen unsere Kollegen wegen Streitigkeiten verschiedener Natur die Arbeit niederlegen. Ganz natürlicherweise war es doch bisher so, daß überall da, wo die organisierten Gehilfen in den Streik traten, die unorganisierten die Gelegenheit wahrnahmen, um ihre Stellung mit einer besseren in der bestreikten Firma zu vertauschen, teilweise sogar unter Aufhebung eines laufenden Kontraktes. Diejenigen, die es nicht haben, um sich die Brücke zur Rückkehr in den Verband nicht abzubrechen, kommen ja auch nicht für die Vereinigung in Betracht. Aber wer in der Vereinigung von gleichen Bildern mit gleichen Kapfen will denn das untersagen oder verhindern, was in dieser oder jener Form ihn selbst in die Vereinigung geführt hat? Das kann keiner! Und wenn es Herr Fr. versuchen

wollte, so würde man auf sein Verlangen noch leichter pfeifen wie man unsere Mahnungen in den Wind geschlagen hat. Also den Namen scheut man wohl, aber nicht die Tat! Aus Egoismus in Reinkultur!

Daß bei den gesteckten Zielen der Vereinigung die Sympathien der Prinzipale sicher sind, hätte Fr. gar nicht zu betonen brauchen. Die Unternehmer müßten ja blind sein, wenn sie nicht erkennen würden, daß das neue Verbandschen außerordentlich zur Förderung von Unternehmerinteressen geeignet ist. Es ist aber auch hier bezeichnend, daß Fr. trotz des Drängens seiner Freunde mit einer Erklärung über die Beschaffenheit der Sympathie der Prinzipale hinter dem Berge hielt. Er hat es sich darum auch selbst zuzuschreiben, wenn man seine Behauptung über das Vorhandensein von Mitteln zu Unterstützungszwecken mit der Sympathieerklärung der Prinzipale in Einklang bringt.

Auf die Unterstützungseinrichtungen noch besonders einzugehen, erübrigt sich. Auch für den mit noch so wenig Denkvermögen Ausgestatteten ist es einleuchtend, auf wessen Seite die Vorteile und Garantien besser sind. Ebenso genügt es, die Flunkerei des Arbeitsvermittlers Schüll anzunageln, der von größeren Vereinen in verschiedenen Städten erzählte, während Fr. nur von 8 Mitgliedern wußte.

Besonders günstig dürften die Aussichten für die Machinationen des Retuscheurgrüppchens um Fr. trotz alledem nicht sein. Es ist heute, wo die Aufklärung über die hohe Bedeutung der Gewerkschaften in immer weitere Kreise dringt, auch dem Abgebrühtesten nicht mehr gleichgültig, wenn er den Makel des Streik- oder Sperrebrechers oder Gewerkschaftszersplitterers mit sich herumtragen soll. Andererseits sind auch die Verhältnisse in den gesperrten Anstalten nicht so rosig, wie sie Fr. durch die Retuscheurbrille aus der Froschperspektive sieht. Emige jüngere Leute, die keine Ahnung von den Berufsverhältnissen vor dem Bestehen der Tarifgemeinschaft haben und aus Kurzichtigkeit und Egoismus den für sie verhängnisvollen Schritt in eine nicht-tarifreue Anstalt taten, gehen vielleicht bei dem Gimpelpfang auf den Leim. Die Verhältnisse selbst werden es ihnen einpauken, daß sie einen Rückenhalt nur an der großen, starken Organisation finden können. Wir werden selbstverständlich inzwischen nicht die Hände in den Schoß legen. Es gilt, diesen Leuten plausibel zu machen, daß sie durch die Unterstützung der »V. d. Ch. 1911.« die Schüll übrigen mit falschem Zungenschlag sehr treffend einen »Hinterhalt« nannte, an ihrem eigenen Ruin mitarbeiten. Das wird nicht schwer halten, wie die immer wiederkehrenden Anmeldungen zum Wiedereintritt in unseren Verband beweisen. In allen Berufen, wo gelbe, nationale oder christliche Vereine bestehen, legen die oft scharenweisen Uebertritte aus diesen in die freien Gewerkschaften Zeugnis ab von der inneren Unwahrhaftigkeit solcher Gebilde von Unternehmersgnaden.

Inzwischen hat in Berlin am 3. Februar die zweite Versammlung stattgefunden. Sie hatte den gleichen Erfolg wie die erste, nämlich gar keinen. Organisierte und Unorganisierte machen sich nur gegen den Friedemannschen Plan aus. Außer einigen Schreiben, die Anfragen bet. Stellungsnachweis enthielten, wurde ein Erfurter Brief verlesen, in dem die dortigen Ohlenrotschen Chemigraphen die Gründung einer Zahlstelle ankündigen. Wir wünschen ihnen das Glück ihrer Berliner Freunde.

gdI.

Der Chemigraphentarif in Wien.

Am 1. Januar 1911 hat im Wiener Chemigraphie-gewerbe eine neue Tarifperiode begonnen, und zwar die dritte seit dem Bestehen einer Organisation unter den Chemigraphen Wiens, die im Jahre 1902 begründet wurde.

Der im Jahre 1907 abgeschlossene zweite Tarifvertrag hatte unkündbare Gültigkeit bis 31. Dezember 1910. Wäre bis zu diesem Tage eine Kündigung des Tarifvertrages nicht erfolgt, hätte er bis zum 31. Dezember 1911 seine Gültigkeitsdauer erstreckt. Von den Gehilfen wurde jedoch der Vertrag im Monat September ordnungsgemäß in jeder einzelnen Firma gekündigt. Gleichzeitig wurden aber auch die Unternehmer ersucht, in ihren Kreisen für die Wahl von Delegierten zu Verhandlungen wegen des Abschlusses eines neuen Tarifvertrages zu wirken. Als Grundlage zu den Verhandlungen sollte eine von den Gehilfen ausgearbeitete Vorlage dienen, die ebenfalls jedem einzelnen Prinzipal unterbreitet wurde.

Schon bei der Kündigung des Tarifvertrages zeigte es sich, daß es den Chemigraphen nicht so leicht sein werde, einen neuen Vertrag mit Verbesserungen durchzubringen, da die Antwort der Unternehmer auf diese Kündigungen kein positives Resultat zeitigte. Man wollte von Zugeständnissen absolut nichts wissen. Da bis zum 17. Dezember 1910 eine Tagung des Tarifkomitees der Chemigraphen Wiens mit den Vertretern der Unternehmer nicht zustande kam, wurden an diesem Tage in allen Firmen, in welchen sich organisierte Kollegen befanden, die Kündigungen überreicht. Nunmehr bestimmten die Prinzipale sofort einen Verhandlungstermin. Außerdem überreichten sie ebenfalls eine Tarifvorlage, die mit der der Gehilfen als Grundlage für die Verhandlungen diente. Letztere fanden am 23. und 28. Dezember 1910 statt und

kamen noch vor Ablauf der Kündigungen zu einem friedlichen Abschluß.

Von den Bestimmungen des neuen Tarifs verdienen folgende hervorgehoben zu werden: Die effektive tägliche Arbeitszeit beträgt 8 Stunden. Der Mindestlohn beträgt im ersten Gehilfenjahre 24, im zweiten 27 Kronen und steigt dann je nach Leistung. Für Farbenarbeiter (Farbenphotographen, Farben-ätzer und Nachschneider von Farbenklischees) beträgt der Mindestlohn nach einjähriger günstig verlaufener Probezeit 32, nach dem zweiten Jahre 36 und nach dem dritten 40 Kronen. Am 1. Januar 1914 tritt eine Erhöhung der Mindestlöhne aller Sparten um 2 Kronen ein. Für Ueberzeitarbeit bis 9 Uhr abends werden 2 1/2 (vom 1. Januar 1914 ab 3) und nach 9 Uhr abends 6 Heller für die Lohnkrone als Zuschlag gewährt. Ferner werden 16 Feiertage und die Nachmittage des 1. Mai und der Wochentage vor dem Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest ohne Lohnabzug freigegeben und nach dreijähriger Beschäftigung 3, nach fünfjähriger 6 Tage Ferien bei voller Bezahlung gewährt. Ein Aussetzen wegen Arbeitsmangel ist unzulässig. Gehilfen dürfen für andere Anstalten keine Arbeit verrichten. Heimarbeit ist nur in Ausnahmefällen gestattet. Die Kündigungsfrist ist vierzehntägig. Weibliche Personen sind vom Chemigraphengewerbe vollständig ausgeschlossen. An Aetzmaschinen dürfen nur qualifizierte Arbeiter beschäftigt werden, die ordnungsgemäß gelernt haben. Lehrlinge und Volontäre sind vor der Einstellung ärztlich zu untersuchen. Auf 1 bis 3 Gehilfen darf 1 Lehrling gehalten werden, auf 4 bis 8 Gehilfen 2 und auf je 4 weitere Gehilfen 1 Lehrling mehr; Volontäre werden den Lehrlingen gleichgeachtet und zählen als solche in der Lehrlingskala. Die Entschädigung der Lehrlinge beträgt im ersten Lehrjahr 2, im zweiten 4, im dritten 6 und im vierten 8 Kronen. Der Arbeitsnachweis des österreichischen Senefelderbundes soll nach Möglichkeit benutzt werden. Der Tarif gilt bis Ende Februar 1916, also 5 Jahre 2 Monate.

Die österreichische Kollegenschaft ist jedenfalls zu diesem Tarifabschluß zu beglückwünschen, der sie abermals ein tüchtiges Stück weitergebracht hat.

Aus den Sektionen.

Dresden (Lichtdr.). In der Jahreshauptversammlung vom 21. Januar gab der Vorsitzende einen ausführlichen Jahresbericht und betonte, daß im Versammlungsbuch eine kleine Besserung zu verzeichnen ist. Der Mitgliederstand ist auf 64 zurückgegangen. Die Ursache ist im Stillstehen vieler Maschinen in den hiesigen Anstalten zu suchen. Nach den Neuwahlen des Vorstandes wurde ein Schreiben der Zentralkommission sowie die Berliner Tarifvorlage zur Vorlesung gebracht. Mit dem Vorgehen der Berliner Kollegen war man einverstanden. Ferner kam zur Sprache, daß sich alle Unternehmer am 22. Januar ein Stelldchein in Berlin gaben um über eine Aussperrung im Lichtdruckgewerbe zu beraten. Man war im allgemeinen der Ansicht, daß man derartigen Maßnahmen mit Ruhe entgegen sehen könne. Wollen die Herren Unternehmer einen Tanz mit uns wagen, dann werden wir die Musik dazu spielen; die Hauptsache ist, daß ihnen die Luft dabei nicht ausgeht. Durch die am 28. und 29. Januar in Berlin stattgefundenen Tarifverhandlung machte sich sofort eine weitere Versammlung nötig, die am 31. Januar stattfand. Kollege Rödel erstattete ausführlichen Bericht. Im wesentlichen konnte man sich mit dem Abschluß eines neuen Tarifes einverstanden erklären, nur war es einigen Kollegen nicht erträglich, warum die Arbeitszeit nur für Retuscheure usw. auf 8 Stunden festgelegt werden soll, die Maschinenmeister aber 8 1/2 Stunden arbeiten sollen. Wenn die Unternehmer immer wieder ihr Jammergeschrei anstimmen, sie können nichts mehr verdienen, dann können wir Gehilfen doch nichts dafür, da sind schon die Herren selbst die Schuldigen. Einer liefert ja immer billiger wie der andere! Wenn man zuseht, wie alle anderen Produkte gesteigert werden im Preise, dann ist es zu begreifen, warum es ergab geht. Sollte ein neuer Tarif zustande kommen, dann müßten eben auch die Unternehmer dafür sorgen, das er in allen seinen Teilen richtig klappt. An uns soll es nicht liegen! Auch muß für die Zukunft das Einarbeiten Freitags für den zeitigeren Schluß am Sonnabend unbedingt unterbleiben; durch die Bewilligung des Achtstundentages für alle erübrigt es sich von selbst. Also her mit dem Achtstundentag auch für die Drucker! Gegen den Abschluß eines Tarifes stimmten nur 4 Kollegen; einer enthielt sich der Stimme und alle anderen stimmten dafür.

Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Linoleum-, Wachs- und Zeug- und Seildrucker. Arbeitsnachweisleiter: C. Schubart, Berlin N. 20, Radestraße 24.

Die Generalversammlung der Tiag.

Die am 28. Januar abgehaltene Generalversammlung der Tapetenindustrie Akt.-Ges. (Tiag) genehmigte die bekannten Anträge (siehe »Q. Pr.« Nr. 3), die mehrere Aktionäre gestellt hatten, um

zu retten, was noch zu retten ist. Damit wird der Tapetenruß auf eine ganz andere Basis gestellt. Das Kapital ist in den letzten fünf Monaten reduziert worden. Nachdem die Hansa erst im Oktober abgestoßen und das Kapital bei dieser Gelegenheit um 5,2 Mill. Mk. von 16 auf 10,8 Mill. Mk. herabgesetzt worden war, ist das Truskapital nunmehr heute durch Zusammenlegung auf 7,25 Mill. Mk. weiter herabgemindert worden. Ob allerdings diese Sanierung ausreicht wird, um bei der gleichzeitig beschlossenen Umwandlung den Ruß auf eine gesunde Basis zu stellen, ist noch nicht zu übersehen. Immerhin versprechen sich die Aktionäre von der Transaktion recht viel. Sie nehmen an, daß die Schulden der Tiag in recht kurzer Zeit getilgt sein werden. Als dann sollen, wie der Vorsitzende in der Versammlung ausführte, die Aktien zunächst 4 Proz. Dividende erhalten und von den restierenden Ueberschüssen die nicht den Pächtern gehörigen Aktien amortisiert werden. Aus den Mitteilungen, die der Vorsitzende der Tagesordnung vorausschickte, war zu entnehmen, daß die Verwaltung anfänglich dem Reorganisationsplan nicht sonderlich freundlich gegenüberstand und nur dem Drängen der kapalkräftigen Aktionäre nachgegeben hat, um eine völlige Zerspaltung der Tiag zu vermeiden. Die Verwaltung hatte sich denn auch schließlich bereitfinden lassen, die Reorganisation in Gemeinschaft mit den Aktionären zu unterwerfen, wodurch der Ausbruch eines Konfliktes vermieden wurde. Der Vorsitzende beschloß seine Ausführungen mit der Bemerkung, die Tiag bilde in ihrem neuen Gewand ein einheitliches Ganzes; auch das Verhältnis zum Verein Deutscher Tapetenhändler sei ungetrübt; er hoffe, daß es auch in Zukunft so bleiben würde, damit die Industrie vor schweren Erschütterungen verschont bleibe. Die Versammlung genehmigte debattelos alle Anträge; damit werden die Mietverträge perfekt, die die Tiag mit den Vorbesitzern abgeschlossen hat. Wie wir hören, werden alle Werke mit Ausnahme des der früheren Firma Engelhard & Schlegel gehörigen an die Vorbesitzer verpachtet, während die Verhandlungen über die

Verpachtung dieses Werkes sich noch in der Schwebe befinden. — Mit der Reorganisation des Truks hielt auch der bisherige Aufsichtsrat seine Mission für beendet und legte seine Mandate in die Hände der Generalversammlung zurück, die folgende ehrenamtlich tätige fünf Herren neu in den Aufsichtsrat wählte: Dr. J. Rosenfeld (Mannheim), A. v. Heimendahl (Brockdorff bei Kempen), Emil Zilling (Leipzig), Hugo Rasch (Brasche) und Karl Steinmann (Köln). — In der Generalversammlung waren 3385 Vorzugsaktien und 7845 Stammaktien, also fast das gesamte Aktienkapital, vertreten. —

Am 1. Februar fand dann auch in Berlin die ordentliche Generalversammlung des Vereins deutscher Tapetenfabrikanten statt. Einstimmig wurde beschlossen, den bisherigen Vorstand wiederzuwählen. Sodann wurde der Beschluß gefaßt, zwecks Erneuerung des am 1. April 1912 ablaufenden Kartellvertrages mit der Tiag in Verhandlungen einzutreten. Die derzeitige Lage der Tapetenindustrie wurde als sehr gedrückt bezeichnet. Wie wir von anderer Seite erfahren, dürfte für die nächste Zeit eine Erhöhung der Preise beabsichtigt sein. (Berl. Tagebl.).

Nach einer Mitteilung der „Papierzeitung“, sind die nachfolgend genannten Betriebe: Erismann & Co. in Breisach i. B., Flammerheim & Steinmann in Köln-Zollstock a. Rh., Heeder & Co. in Krefeld-Bockum, R. Langhammer Nechlg., Emil Zilling in Leipzig-Lindenau, Papier- und Tapetenfabrik Bammatal in Bammatal i. B., Gebr. Rasch & Co. in Brasche b. Osnabrück, August Schutz in Wurzen i. Sa. und Lincrusta Walton & Co. in Hannover-Kleefeld von den Vorbesitzern wieder für eigene Rechnung mit Rückwirkung ab 1. Dezember 1910 übernommen worden. Die Regelung der den Werken Engelhard & Schlegel in Beul (Rhein) und Max Langhammer in Chemnitz (Sa.) gemachten Lieferungen erfolgt auch ferner durch die Tapeten-Industrie-Aktien-Gesellschaft.

Aus den Sektionen.

Bietigheim. Am 21. Januar 1911 fand unsere Generalversammlung statt, die sich eines guten Besuchs erfreuen konnte. Obwohl sich in letzter Zeit eine Flanheit im Versammlungsbesuch bemerkbar machte, so hofft man, daß in Zukunft wieder etwas mehr Interesse der Sache entgegengebracht wird. Der Vorsitzende gab einen kurzen Rückblick über das vergangene Jahr, worauf die Neuwahl des Vorstandes stattfand. Erwähnt sei noch, daß sich eine Absonderung der Drucker zum Sonderversand hierorts noch nicht bemerkbar gemacht hat.



Feuilleton.

Vom Büchertisch.

Licht und Schatten. Wochenschrift für Schwarzweißkunst und Dichtung. Herausgegeben von Hanns von Gumpenberg. Redaktion: München, Kaiserstr. 5. Expedition: München, Theaterstr. 49. Erscheint jeden Freitag. Preis für das Heft 20 Pf.; vierteljähriges Abonnement (13 Nummern) 2,25 Mk., bei direkter Zusendung in Papierrolle 3,55 Mk. Jahrg. I, Nr. 16 und 17.

In Freien Stunden. Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. 15. Jahrg., No. 1 bis 3. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis pro Heft (24 Seiten 89) 10 Pf., Vierteljahrespreis 1,20 Mk. Der neue Jahrgang dieser trefflichen Romanbibliothek wird eröffnet durch den Roman: „Der Jude, deutsches Sittengemälde aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts von Carl Spindler. Außerdem enthalten die Hefte kurze Abhandlungen über verschiedene Gegenstände von allgemeinem Interesse. Unsere Leser seien darauf aufmerksam gemacht, daß der Termin zum Beginn eines Abonnements auf „In Freien Stunden“ jetzt besonders günstig ist, da die wenigen bisher erschienenen Hefte nachgeliefert werden können.

Stellenangebote

Positiv- Retuscheur
erstklassige Maschinenkraft, in dauernder Stellung gesucht. [2,40]

Richard Labisch & Co., Berlin, Schicklerstr. 5.

Maschinen-Retuscheur

flotte, erstklassige Kraft, in dauernder Stellung gesucht. [2,10]

Wilhelm Langenbruch, G. m. b. H., Berlin, Michaelkirchstraße 17

Maschinen-Retuscheur

erste Kraft gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen erbeten. [1,80]

Albert Wolf, Graphische Kunstanstalt, Mannheim.

Tüchtg. Farbenbenützer

für Drei- und Vierfarbendruck suchen

Adolf Klaus & Co., Leipzig, Kreuzstraße 5 [1,80]

Tüchtiger Nachschneider

für Schwarz- und Farben-Klischees sowie einige tüchtige

Schwarz- und Dreifarbenbenützer gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften an Photo-Chrom-Gravure, Lyon, 6 Rue Grande Famille.

Stellengesuche

Ia Maschinenretuscheur sucht sich nach Berlin zu verändern. Offerten bitte zu richten an

Bernhard Schuchert, Bern i. Schweiz, Bautigerstr. 43, III.

Nachschneider

für Auto und Strich, sucht sich nach München zu verändern. Oeff. Offerte erbitet

Grönke, Berlin, Krautstr. 16 (Bückerladen).

Verschiedenes



Die besten Spritzapparate liefert
Leipziger Tangler-Mantel, Alexander Grube, Leipzig 4, Talstr.

„Matt-Lack“

Bestes, billigstes Farbenzusatzmittel gegen Kleben, Hart- und Blankwerden und Aufreißen der Abdrücke, Rinnen der Farbe, Spitzwerden der Zeichnung. Kein Kleben in der Prägepresse. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,- gegen Nachnahme.
F. Hantke, Maschinenmeister, Hamburg 22, Wohldorferstr. 60.

Graphische Fachklassen

Buchdruck, Satz, Lithographie, Steindruck, Photomechanische Verfahren, Entwurf und Werkstatt-Ausbildung, Prospekte frei, Kunstgewerbeschule Barmen

Zinkdruck-Aetze.

Rezept zur Herstellung von tadellosen Zinkätzte zu verkaufen. 300% Ersparnis. Ctilfne F. H. an die Expedition d. Bl.

Verbandsnachrichten

Strassburg i. Els.

Wir ersuchen sämtliche Kollegen, die in der Firma **Eissas-Iothring-sche Druckeret u. Kunstanstalt** unter Leitung des Herrn **Heidter** gearbeitet haben, auch solche, deren Beschäftigung dort nur 1-2 Stunden betrug, ihre Adresse an die Verwaltung hier einzusenden, um sie bei einer evtl. Klage als Zeugen angeben zu können. **Franz Kiessling, Schwarzwaldstr. 69.**

Totenliste.

- † Am 8. Dezember in **Stuttgart Oskar Seyfried**, Retuscheur aus Stuttgart, 34 Jahre alt, an Lungen- und Rippenfellentzündung, krank 21 Wochen 2 Tage. — Eingetreten in Stuttgart am 24. Juli 1899.
- † Am 26. Dezember in **Leipzig Richard Lenken**, Lithogr. aus Leipzig, 43 Jahre alt, an Herzschlag. — Eingetreten in Köln a. Rh. am 26. Juli 1898.
- † Am 29. Dezember in **Offenbach a. M. Emil Becker**, Hilfsarb. aus Berlin, 63 Jahre alt, an Lungenentzündung, krank 2 Wochen 4 Tage. — Eingetreten in Offenbach am 1. Januar 1893.
- † Am 3. Januar in **Tettau i. Oberfranken Jakob Kraus**, Steindr. aus Groß-Steinheim b. Hanau a. M., 38 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 24 Wochen 4 Tage. — Eingetreten in Saalfeld a. S. am 1. Januar 1893.
- † Am 4. Januar in **München Albert Weber**, Xylograph aus München, 49 Jahre alt, an Rippenfellentzündung, krank 11 Wochen 2 Tage. — Eingetreten in München am 24. März 1902.
- † Am 6. Januar in **Stuttgart Heinrich Eßlinger**, Steindr. aus Haslach, 55 Jahre alt, an Lungenleiden, Invalide seit 22. April 1905. — Eingetreten in Stuttgart am 23. Februar 1895.
- † Am 9. Januar in **Berlin Emil Orth**, Steindr. aus Berlin, 25 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden durch Erschießen. — Eingetreten in Berlin am 25. März 1905.
- † Am 9. Januar in **Görlitz Max Andreas**, Lithogr. aus Rochlitz, 28 Jahre alt, an Lungenschwindsucht, krank 32 Wochen 3 Tage. — Eingetreten in Chemnitz am 1. Oktober 1902.

- † Am 12. Januar in **Berlin Wilhelm Bibow**, Steindr. aus Magdeburg, 66 Jahre alt, an Herzleiden, krank 40 Woche 2 Tage. — Eingetreten in Berlin am 1. Januar 1893.
- † Am 13. Januar in **Fürth Michael Binder**, Steinschleifer aus Burgbernheim, 52 Jahre alt, an Herzleiden, krank 19 Wochen 1 Tag. — Eingetreten in Fürth am 1. Januar 1893.
- † Am 13. Januar in **Kattowitz August Bannek**, Steindrucker aus Kattowitz O. Schl., 51 Jahre alt, an Lungenentzündung, krank 4 Tage. — Eingetreten in Oleiwitz am 9. September 1906.
- † Am 15. Januar in **Rheydt Johann Deckers**, Lithograph aus Randerath, 38 Jahre alt, an Lungenschwindsucht, krank 31 Wochen. — Eingetreten in Rheydt am 15. Juni 1902.
- † Am 29. Januar in **Leipzig Hugo Wupperfeld**, Lithogr. aus Lüttringhausen, Kreis Lennep, 26 Jahre alt, an Lungenentzündung, krank 3 Wochen. — Eingetreten in Trier am 31. Dezember 1905.

Ehre ihrem Andenken!

Der Hauptvorstand.

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Ortsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedsbuches und der Sterbe-Urkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personallen, (Rufvornamen, Geburtstag und Jahr) mitteilen. Der Hauptvorstand.